Türkei im Kampf

INFORMATIONEN, BERICHTE UND KOMMENTARE ÜBER DEN KAMPF DES VOLKES DER TÜRKEI GEGEN FASCHISMUS UND IMPERIALISMUS

NR.10 DM 1.- Nov. 81

TÜRKISCHE UNIVERSITÄTEN-MILITÄRUNIVERSITÄTEN

Februar 1982 wird ein neues Universitätsgesetz in der Türkei in Kraft treten. Der Entwurf dieses Gesetzes wurde dieser Tage in türkischen Zeitungen veröffentlicht. Ziemlich beispiellos ist dabei wohl die Unverfrorenheit mit der die Generäle ganz offen, ohne jede juristische Verbrämung die Universitäten der Türkei zu Militäruniversitäten machen. Zudem ist dieses Gesetz ein schlagendes Beispiel für den von den westlichen Imperialisten so viel beschworenen "Willen zur Demokratie" der Junta, das ist ein Willen ganz besonderer Art, der offenbar unter Demokratie nichts anderes als "Herrschaft des Militärs überall" versteht.

Sehen wir uns die Gesetzesbestimmungen im einzelnen genauer an:

DIE AUTONOMIE DER UNIVERSITÄTEN WIRD ABGESCHAFFT

Erster Punkt der Gesetzesänderung ist die Abschaffung der Autonomie der Universitäten. Das bedeutet, daß z.B. bei Militäreinsätzen oder Polizeikontrollen die Universitätsleitung nicht einmal mehr formal nach ihrem Einverständnis zum Eingreifen gefragt werden muß. Der faschistische Staat ist also ohne irgendein Zwischenglied der direkte "Hausherr" der Universitäten.

Das schlägt sich auch in der Leitung der Universitäten nieder. Haben diese bislang ihre eigene Verwaltung gehabt und unterstandem dem Erziehungsministerium, werden sie jetzt direkt der Junta unterstellt.

Das Gesetz sieht vor, daß ein für alle Universitäten der Türkei zuständiges oberstes Gremium gebildet wird. Die Zusammensetzung erfolgt nach dem selben Strickmuster, wie bereits die sogenannte "verfassungsgebende Versammlung" bestimmt wurde.

Dieses Gremium, der "Hochschulrat" soll sich aus insgesamt 25 Leuten zusammensetzen. Davon werden:

8 vom Staatspräsidenten;
6 vom Ministerrat; (der widerum wird vom Staatspräsidenten ernannt);
1 vom Generalstabchef;
2 vom Ministerium für nationale Erziehung bestimmt - und 8 Mitglieder werden von den Universitäten selbst gewählt.

Alle 25 müssen vom Staatspräsidenten bestätigt werden. Der "Hochschulrat" wird für 8 Jahre "gewählt" und alle 2 Jahre wird ein viertel seiner Mitglieder erneuert.

Man sieht - so wie die "verfassungsgebende Versammlung" eine totale Farce ist, so wird auch die Universitätsverfassung nichts anderes sein.

Doch damit nicht genug. Die Generäle haben sich noch was ganz besonderes einfallen lassen um die totale politische Kontrolle der Universitäten zu gewährleisten.

VERBOT DER PARTEIZUGEHÖRIGKEIT FÜR UNIVERSITÄTSANGEHÖRIGE

Die Junta hat in dem Gesetzentwurf festgelegt, daß sich weder Angehörige des Lehrkörpers, noch Hochschulangestellte noch Studenten in irgendwelchen politischen Parteien organisieren dürfen.

Das heißt, noch bevor die Junta wieder politische Parteien zuläßt und der Faschismus in der Türkei wieder einen parlamentarischen An-

FORTSETZUNG S.7

SPENDENAUFRUF

DER TKP/ML(BOLSCHEWIKI)



AUFRUF AN ALLE REVOLUTIONÄRE

UNTERSTÜTZEN WIR DIE REVOLUTIONÄRE IN DEN FASCHISTISCHEN KERKERN

Unser Land durchlebt die schwärzeste Periode des Faschismus. Beim Angriff der Handlanger des Imperialismus, der Junta, auf unser Volk, wurden innerhalb eines Jahres ungefähr 100.000 Revolutionäre, Demokraten und Patrioten in die Kerker des Faschismus geworfen. Die Folterfabriken arbeiteten und arbeiten noch immer ohne stillzustehen.

Jetzt werden vor angeblichen "unabhängigen" Gerichten zehntausende Revolutionäre verschiedener Organisationen im Namen der herr-

FORTSETZUNG S.2

FORTSETZUNG VON S.1

SPENDENAUFRUF ZUR UNTERSTÜZUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN

schenden Klassen abgeurteilt. Massenprozeße haben begonnen und dauern an.

Arbeiter,Werktätige, Kollegen..

Hunderttausend Revolutionäre wurdden wegen ihrer hohen Ideale von den herrschenden Klassen angegriffen. Sie leben jetzt in den Kerkern des Faschismus, unter der Bedrohung täglich wieder zur Folter geholt zu werden, in den menschenunwürdigsten Bedingungen.

Sie kämpften gegen die imperialistische Ausbeutung für eine unabhängige Türkei, gegen die faschistische Diktatur,der Handlanger der Imperialisten, für eine demokratische Türkei des Volkes. Sie kämpften für eine Welt in der es keine Ausbeutung gibt. Heute führen sie unter schwersten Bedingungen einen heldenhaften Kampf. Für ihre ehrenvolle Sache versuchen sie den Kampf in den Folterkammern und Kerkern des Faschismus weiterzuführen. Die ehrenvolle Sache für die sie kämpfen ist die Sache aller Arbeiter und Werktätigen.

Für alle revolutionären Arbeiter und Werktätigen ist es heute eine wichtige Aufgabe sich für diejenigen, die den Kampf in den Folterkammern, den Kerkern und Gerichten führen, einzusetzen und ihnen zu beweisen, daß sie nicht alleine sind.

Wir rufen alle Revolutionäre dazu auf, diese Aufgabe zu erfüllen, und alle Möglichkeiten auszuschöpfen um die Revolutionäre in den Kerkern des Faschismus konkret zu unterstützen.

Wir beginnen mit diesem Flugblatt eine Kampagne zur materiellen Unterstützung der Revolutionäre in den Kerkern des Faschismus. Wir werden die Spenden, die wir in dieser Kampagne sammeln, ohne Unterschiede, ungeachtet der Organisationszugehörigkeit allen revolutionären Brüdern und Schwestern, die Hilfe benötigen auf geeignete Art und Weise zukommen lassen.

Wir rufen alle revolutionären Gruppen auf, sich an dieser Kampagne zu beteiligen oder aber parallele Kampagnen durchzuführen. Wir rufen alle revolutionären Organisationen dazu auf in dieser konkreten Frage eine Aktionseinheit zu schaffen und die Kräfte zu vereinigen um die gefangenen Revolutionäre erreichen zu können.

Arbeiter, Werktätige...

Sammelt in euren Kreisen Geldspenden, Kleidung, Schuhe und Medikamente für die gefangenen Revolutionäre. Nehmt zur Übermittlung dieser Spenden Kontakt mit den Bolschewiki oder mit anderen revolutionären Gruppen in eurem Umkreis auf, die auch eine solche Aktion durchführen.

An die revolutionären Arbeiter und Werktätigen, die die Bolschewiki unterstützen...

Wir rufen euch auf: Beteiligt euch an der Kampagne und propagiert sie. Zum Beginn der Kampagne rufen wir alle Bolschewiki dazu auf, ihr Weihnachtsgeld für die revolutionären Brüder und Schwestern im Kerker zu spenden.

★ ★ ★ ★ ★ ★

Diesen Aufruf unterstützen wir von ganzem Herzen. Wir hoffen, daß sich auch unsere Leser daran beteiligen werden.

GELDSPENDEN AN: W.HOFMANN
6000 FRANKFURT/M 50 Postscheckkonto Nr.: 35 37 95 609

SACHSPENDEN AN: BUCHLADEN G. DIMITROFF KOBLENZERSTR.4
6 000 FRANKFURT.

Redaktion "Türkei im Kampf"

STOPPT BRD "TÜRKEI-HILFE"?

Am 9. September rechtzeitig zum ersten Jahrestag des Militärputsches wurde in Bonn eine "Türkei-Hilfe" in Höhe von 590 Millionen DM gewährt.
Und nun einen Monat später sind die Abgeordneten aller drei Parteien sehr verärgert über das Vorgehen der türkischen Militärs, und wollen voraussichtlich die für 1982 geplante Türkei-Hilfe sperren. Der Grund ihrer Verärgerung ist, das Vorgehen der Militärs gegen bürgerliche Politiker wie Ecevit und die Auflösung der bürgerlichen Parteien.

"Unsere Nato-Partnerschaft mit der Türkei kann nicht bedeuten, daß wir alle Schritte Ankaras kritiklos hinnehmen müssen". (stellvertretender Ausschußvorsitzender Heinz Günter Hüsch(CDU/CSU)
"Der Vorsitzende Uwe Holtz (SPD) sieht die Erwartungen des Bundestages mit Füßen getreten"."Ankara verbietet die Betätigung politischer Parteien und Gewerkschaften, lasse demokratische Politiker nicht ins Ausland reisen und schließe die bisherigen Abgeordneten von der Tätigkeit in der neuen verfassungsgebenden Versammlung aus".
Helga Schuchhardt (FDP) empfindet eine deutsche Hilfe für die Militärregierung unter den gegenwärtigen Umständen als "Verhöhnung der demokratischen Kräfte" in der Türkei."(Das ist dieselbe Helga Schuchhardt, die vor einem halben Jahr als Mitglied der Untersuchungskommission der Bundesregierung in die Türkei reiste, und bei ihrer Rückkehr offensiv für eine weitere Türkei-Hilfe eintrat.)
"Die Einleitung eines Gerichtsverfahrens gegen den ehemaligen sozialdemokratischen Spitzenpolitiker Bülent Ecevit war für viele Bonner Abgeordnete der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte" (alle Zitate vom 26.1o. aus SZ).
Hier wird besonders das Demokratieverständnis der Bonner Abgeordneten deutlich. Ihr Demokratieverständnis beschränkt sich auf das Parlament und bürgerliche, politische Parteien.
Die Einleitung eines Gerichtsverfahren gegen den "Demokraten" Ecevit ist für sie ein Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt, aber es ist keine Rede davon, daß die Gefängnisse mit an die Hunderttausenden von Revolutionären und Fortschrittlichen überfüllt sind, daß bis jetzt bereits 1o Todesstrafen vollstreckt wurden und hunderte weitere beantragt sind, daß Fortschrittliche auf offener Straße ermordert werden, daß die nationale Verfolgung und Unterdrückung neue Dimensionen angenommen hat.
Aber trotzdem wird die BRD-Regierung jede erdenkliche Maßnahme unternehmen, um das faschistische Militärregieme weiter zu unterstützen und ihre Vormachtsstellung zu festigen. "Mit diesen Leistungen steht die BRD, die bisher zwei internationale Hilfsaktionen zur wirtschaftlichen Stützung der Türkei koordiniert hatte an der Spitze der westlichen Geldgeber." Von Anfang an sollte die Türkei-Hilfe des westdeutschen Imperialismus, ein weiterer Schritt auf seinem Weg sein, um in Konkurrenz zum amerikanischen Imperialismus die Türkei vollkommen von sich abhängig zu machen. Und dieses Ziel wird er auch weiterhin verfolgen. Denn Worte wie "Die Bundesregierung verfolgt die Entwicklung in der Türkei aufmerksam und mit Sorge" (Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der die gegenwärtige Entwicklung in der Türkei "aufmerksam und mit Sorge", betrachtet, ... SZ vom 26.1o.81) sind schon im Mai 81 gebraucht worden und die Türkei-Hilfe vorübergehend eingefroren worden. Aber bereits 4 Monate später wurde sie wieder freigegeben. Hatte sich in diesem Zeitraum von 4 Monaten in der Türkei etwas zu Gunsten der Demokratie verändert? Unserer Meinung nach hatte sich auch nicht nur das Geringste verändert.
Das bedeutet aber trotzdem nicht, daß wir es ausschließen, daß die BRD in einem Jahr die "Türkei-Hilfe" einstellt, wenn eine noch stärkere Opposition gegen diese Hilfe laut wird. Schießlich geht es der BRD darum, ihren demokratischen Schein nicht zu verlieren. Außerdem gibt es auch andere Wege und Möglichkeiten, um die Militärregierung zu unterstützen. Es sind also leere Phrasen der Imperialisten, wenn sie sagen, daß sie die Hilfe einstellen oder auch wenn sie die Junta aus einigen Organisationen ausschließt, denn unterstützen werden sie die Junta trotdem weiterhin.

****

Letzte Entwicklung: Mittlerweile hat Genscher der türkischen Junta einen Besuch abgestattet. Ergebnis dieser Reise ist, daß Genscher für einen vorläufigen Stopp der "Türkei-Hilfe" für 1982 eintritt. Vorläufig, das heißt bis zu einer entgültigen Entscheidung im Dezember durch den Bundestag. Nun, ein vorläufiger Stopp der "Türkei-Hilfe" für 1982 im Jahre 1981 wird vorläufig ja wohl kaum jemanden stören. Hinsichtlich der Entscheidung im Dezember bahnt sich jetzt schon das selbe Spielchen wie im Mai an.

R.Bauer

PROZESS GEGEN DIE MHP - EINE FARCE

Alpaslan Türkes, der Führer der faschistischen MHP (Nationale Bewegungspartei) muß sich zur Zeit vor dem Militärgericht in Ankara zusammen mit 228 Anhängern verantworten. Türkes war langjähriger getreuer Diener der herrschenden Klassen. Diese sind nun bereit ihn zu "opfern", um die Stabilität in ihrem Land zu schaffen und aufrechterhalten zu können. (Näheres darüber im Artikel "Der 12. September und danach", den wir in TIK Nr. 9 druckten). Interessant ist seine Verteidigungsrede vor Gericht, aus der wir einige Zitate abdrucken wollen. Sie zeigen, daß es zwischen Türkes und der heutigen Militärdiktatur im Grunde gar keinen Unterschied gibt, daß die Aussagen der faschistischen Junta sie sei ja auch gegen die Rechten (sprich: Faschisten) nichts anderes als ein leeres Geschwätz ist, um die antifaschistischen Kreise des Volkes zu gewinnen. Denn ideologisch existiert gar kein Unterschied. Dies schließt natürlich nicht aus, (sondern zeigt es gerade), daß es neben dem Zwang die Führer der MHP aufzuopfern, um die Massen zu gewinnen, es auch noch massive Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen gibt. So existierte die Möglichkeit für einen Putsch seitens MHP treuer Offiziere vor dem 12. September. Diese Widersprüche werden nun zu lösen versucht, indem man die Führer der anderen Gruppe mitsamt ihren militanten Zivilkräften einkerkert.
Nun zu den Zitaten: Türkes sagte zu dem Inhalt und dem Ziel des 12. September Putsches vor Gericht folgendes:

"Die Hauptfeststellungen und Diagnosen, die die Operation (damit ist der Putsch vom 12. Sept. gemeint. AdÜ.) legitimierten, und dazu führten, daß die Nation diese Operation gutheißt, die ersten Erklärungen, welche die Operation begründeten, sowie die daraufhin folgenden ergänzenden Erklärungen, sind auch unsere Feststellungen und Diagnosen. Die gleichen Feststellungen, Diagnosen und Beschwerden hatte die Öffentlichkeit im Fernsehen und auf Kundgebungen schon öfters aus unserem Munde gehört. Diese Ähnlichkeit, diese Identität, - wenn man von stilistischen Unterschieden absieht - sind so eindeutig, daß zahlreiche, ehrliche Mitbürger sich fragten, ob diese Mitteilungen von uns verfaßt wurden".
Auf den Anklagepunkt die MHP hätte das Eingreifen der Streitkräfte provoziert, indem sie in ihren Reden immer wieder betont hätte, daß es ohne das Eingreifen der Streitkräfte nicht mehr weiter ginge, antwortete Türkes: "Wir sehen in der Intervention und in den Erklärungen unserer Streitkräfte die Bestätigung, daß wir recht haben und richtig handelten".

In dem nachfolgendem Zitat zeigt Türkes klar auf, daß er und die MHP immer nur den herrschenden Klassen dienten und daß diese sich ihm gegenüber ja wohl sehr undankbar und ungerecht verhalten. Nun ja, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan ...
"Armeekommandeur Evren sagt: 'Wenn wir nicht gekommen wären, wären sie (die Kommunisten AdÜ) gekommen." Ich sage, wenn es uns nicht gegeben hätte, wäre es zu spät für eine legitime und rettende Intervention der türkischen Streitkräfte gewesen. Es gibt nichts, über das ich keine Rechenschaft ablegen könnte. Einige Richter und Staatsanwälte unserer Streitkräfte, die eine Revolution zur Verhinderung von Kommunismus und Separatismus durchführten, klagen den aufgeklärten Block gegen Kommunismus in unserem Land mit einer Anklage an, welche eine Schöpfung der marxistischen Köpfe und Schreiberlinge ist....



Wenn die Kommunisten gegen General Evren eine Anklageschrift verfassen würden - Gott verhüte es - sie könnten diese Anklageschrift in ihrer Mentalität und Denkweise unverändert übernehmen."
Zur Anklage Bürgerkriegshetze betrieben zu haben, sagte er: "Wenn ich ein Bürgerkriegshetzer sei, dann hätte niemand diesen Bürgerkrieg verhindern können, und wenn meine Sympathisanten Mitglieder einer Bande gewesen wären, dann wäre der Bürgerkrieg schon lange ausgebrochen."
Neben dieser Drohung in der Art, wenn ich nur wollte, könnte uns keiner aufhalten, gibt es noch eine Reihe weitere Drohungen wie "Glauben Sie, daß unsere Anhänger uns von heute auf morgen verlassen hätten? ... Es gibt ja auch noch ein Morgen". Türkes lehnte den Vorwurf, den Befehl zu Morden gegeben zu haben, ab, ging jedoch in seiner 174-seitigen Verteidigungsschrift, die er mit den Worten "Gott schütze unsere Nation" abschloß, mit keinem Wort auf den wichtigsten Anklagepunkt, den Befehl zur Ermordung des Adananer Polizeipräsidenten Cevat Yurdakul und des Vorsitzenden der DISK Kemal Türkler gegeben zu haben, ein.
Im ganzen gesehen, sind die Aussagen und Drohungen Türkes's, die einer Person, die sich ihrer Sache sicher ist. Und für diese Sicherheit, gibt es wohl auch objektive Gründe, denn noch immer unterstützt ein Teil der Militärangehörigen und eine Gruppe der herrschenden Klassen Türkes. Die Anhänger Türkes's, die sich bisher loyal gegenüber der Junta verhalten hatten, nehmen ihre bisher gewährte Unterstützung nun Schritt für Schritt zurück. Dies zeigt das auf der nächsten Seite abgedruckte Flugblatt der Faschisten, so wie die Demo, die die Anhänger der MHP Faschisten im Sommer 1981 in West-Berlin veranstalteten.
Eine weitere interessante Entwicklung im MHP-Prozeß ist, daß alle Richter dieses Prozesses ihr Mandat mit der Begründung der Befangenheit niederlegten. Es gibt zwei Möglichkeiten, wie man dieses Ereignis bewerten kann. Es kann das Ergebnis des Druckes der MHP auf die Richter, die Angst dieser vor dem "Morgen" sein, oder aber, und die Art des Rücktritts, — (zuerst den Prozeß in zwei Prozesse zu teilen, die Aktivisten der MHP, denen man Morde usw. nachweisen konnte, von dem Hauptprozeß loszulösen, somit den Prozeß von Türkes und den Übriggebliebenen nicht ausgesonderten Anhängern in einen rein politischen Prozeß umzuwandeln)— verstärkt bei uns die Meinung, daß die Richter selbst MHP-Anhänger waren, die nachdem sie ihr fein säuberlich eingefädeltes Spiel dem Prozeß rein politischen Charakter zu verleihen, gespielt hatten, nun es aus Gründen der "Befangenheit" ablehnten, über rein 'politische Gesinnungsschuldige' zu Gericht zu sitzen.
Eine weitere Äußerung über die wachsende Unzufriedenheit, bei Vertretern eines Teils der herrschenden Klassen, finden wir in einem Zeitungskommentar von "Tercüman". Hier heißt es, "Die politischen Parteien sind verboten worden. ... Warum ... Wie

FORTSETZUNG S.4



TÜRKES

FORTSETZUNG VON S.3

PROZEß GEGEN DIE MHP-EINE FARCE

können wir diese Abweichung erklären, zu einer Zeit, in der wir uns freuten, Schritt für Schritt zur Demokratie zurückzukehren? Man sagt, weil deren Führer sich so und so benähmen, die Politiker ebenso ...
Wie wir wissen, haben diese jedoch sowieso Verbot sich politisch zu betätigen. Hat dieses Verbot nicht genügt? Sind jetzt die politischen Parteien an der Reihe? Welche Schuld haben die Parteien begangen? Durch ihre Millionen Wähler haben sich diese politischen Parteien vergrößert, entwickelt sind zu den Parteien geworden, die sie heute sind. Millionen Wähler haben ihr Herz dieser Partei geschenkt. Sie haben in schlaflosen Wahlnächten bis morgens auf die Ergebnisse gewartet, an den Wahlurnen Wache gehalten. Wenn man feststellt, daß die politischen Parteien Straftaten begehen, muß man sie natürlich schließen. Jedoch wenn man, unter dem Vorwand bei einer Neugründung (gemeint ist Neugründung von Parteien AdÜ) sollten alle die gleichen Ausgangschancen haben, handelt, so hat man nicht nur einen fehlerhaften, sondern auch einen nutzlosen Weg gewählt. Der gewählte Weg ist falsch, denn obgleich keine Straftat existiert, bestraft man. Es ist nutzlos, denn die Wähler werden sofort erkennen, daß die neuen Organisationen ein abgekartetes Spiel sind, und das Spiel nicht mitmachen.

Bevor sich noch die freudige Aufregung darüber, nun wieder von einem Vaterland reden zu können, gelegt hatte, hören wir die ersten unangenehmen Nachrichten.
' - Die Situation hat sich verschärft, sei achtsam ...' Und das, obgleich doch eine konstituierte

FORTSETZUNG S.5

CHRONOLOGIE

19.August'81 -	Das Gerichtsverfahren gegen den Parteivorsitzenden der MHP (Partei der nationalen Bewegung), Türkes und 550 seiner Anhänger wird vor dem Militärgericht Nr.1 in Ankara eröffnet. Zur Eröffnung singen MHP-Anhänger im Gerichtssaal die türkische Nationalhymne.
21.August -	Bereits zwei Tage später wird der Prozeß für fünf Tage unterbrochen. Offizielle Begründung: Die Ärzte haben Türkes Ruhe, wegen eines Herzleidens, verordnet.
Anfang Oktober	- der Prozeß wird wieder verschoben, diesmal auf den 14.Oktober. 16 der Angeklagten werden per Gerichtsbeschluß auf freien Fuß gesetzt.
14.Oktober -	Die dem Gericht vorsitzenden Richter lehnen sich selbst als befangen ab, der Prozeß platzt erstmal.
Anfang November-	Mittlerweile hat die nächsthöhere Instanz die Befangenheitserklärung der Richter abgelehnt, und so soll der Prozeß demnächst mit den gleichen Richtern fortgesetzt werden.

Man darf darauf gespannt sein, was das nächste Verzögerungsmanöver idt, um den Prozeß zu verlängern und die Verurteilungen hinaus zuschieben. Ein Aspekt dabei ist, daß Türkes nächstes Jahr 65 wird, und da kann,er laut türkischem Gesetz nicht mehr zum Tode verurteilt werden.

FLUGBLATT DER MHP

An alle patriotischen Arbeiter und Bauern, Brüder !

Wir die patriotischen und anti-kommunistischen türkischen Arbeiter haben die Machtübernahme unserer tapferen Armee am 12. September, die sich gegen die Ausweitung der Sowjets wandte, begrüßt. Denn es gab keinen anderen Ausweg.

Wir sind Patrioten, die unsere Nation, unseren Staat und unser tapferes Heer unbeschreiblich lieben.

Deswegen haben wir in der Fremde ungeachtet aller Schwierigkeiten unter denen wir leben, ohne auf Anerkennung zu hoffen, unseren Staat immer unterstützt.

Jede durchgeführte Pressekonferenz, jede Kundgebung, jede veröffentlichte Schrift kurz gesagt, jede Arbeit, die zu Gunsten unseres Staates gemacht wurde, trägt unsere Unterschrift, die der Patrioten und Anti-Kommunisten. Trotz dieser Tatsachen haben wir mit Erstaunen und Schrecken, die in der letzten Zeit in der Türkei vor sich gehenden Entwicklungen verfolgt. Wir begriffen, daß man uns getäuscht hatte. Denn die Festnahme des Pöbels, der bewaffneten kommunistischen und verräterischen Organisationen - ohne deren Führer auch nur zu behelligen - war nichts anderes als ein Betrug und Hinhaltemanöver. Jetzt, nachdem sich der Schleier gelüftet hat, haben wir erkannt, daß man die Patrioten und Anti-Kommunisten noch brutaler unterdrücken und sie auslöschen wollte. (Wie im MHP-Prozeß)

Ein großer Teil der bewaffneten, militanten Verräter werden vor Gericht mit heiler Haut davonkommen. Denn schon jetzt werden sie gruppenweise entlassen. Diese gefährliche Entwicklung, die den Feinden des Staates und der Demokratie alle Wege ebnen wird, wird in kurzer Zeit dazu führen, daß die Türkei vor der Gefahr steht, in die Krallen des Sowjetimperialismus zu geraten.

Wenn der nationale Widerstand einer Nation, nach dessen Leben getrachtet wird, unterdrückt wird und sogar dies von den Führern dieses Staates gemacht wird, wird diese Nation - da alle ihre Widerstandsmechanismen gegen die erneuten Angriffe der Imperialisten und deren Kräfte unterdrückt sind - schutzlos in die Hände der Imperialisten fallen.

Von daher hegen wir keinen Zweifel daran, daß sich der erste Sekretär der Russischen Kommunistischen Partei Breschnev am meisten über die Unterdrückung der Vertreter des bewußten nationalen Widerstandes freuen wird. So durchlebt die im Ausland im Radio sendende Stimme der TKP Tage der Freude.

Sowohl die türkische Nation als auch die nach deren Leben trachtende imperialistische Zentrale draußen, wissen zugut, daß es die Nationlisten und Patrioten waren, die eine Barrikade des bewußten Nationalismus vor der Ausbreitung der Sowjets errichtet hatten.

In den Tagen vor dem 12. September, als die politischen Parteien, die Machthabenden, das türkische Parlament und die Institutionen der Verfassung sowie andere Verantwortliche sich passiv verhielten, nur zuschauten, anstachelten, waren wir es, die den Staat, die Nation und die Demokratie unser Leben einsetzend, verteidigten. Und jetzt will man uns vernichten.

So als wären es nicht die heutigen Verantwortlichen gewesen, die sagten "Vor dem 12. September stand der Staat ungeschützt da", "Wenn wir eine Woche später gekommen wären, hätten auf unseren Plätzen Kommunisten gesessen." ...

....

Mit der gegen die Anti-Kommunisten und Patrioten geführten Vernichtungsbewegung, wird gerade der Plan der Sowjets durchgeführt.

Es ist so, daß die heutigen Machthaber keine Ahnung von den Ideen und dem Glauben, die den Staat und die Nation am Leben erhalten, haben. Die von ihnen gesprochenen Worte sind nicht das Ergebnis eines Glaubens, sondern des Auswendiglernens. Aus diesem Grunde glauben sie alles mit Muskelkraft zu erledigen. Sie können nicht sehen, daß die Vernichtung von denjenigen, die an der Lebensphilosophie des Staates hängen, die mit dem Glauben den Staat und die Demokratie verteidigen, das Land in den Abgrund führen wird. Wenn man von dieser Entwicklung keinen Abstand nimmt, wird die Türkei auf idiellem und ideologischem Gebiet ohne Verteidigung bleiben, und innerhalb kurzer Zeit von der Nato und dem westlichen Bündnis getrennt und in das Lager der Sowjets gedrängt werden.

WIR ÜBERNEHMEN KEINE VERANTWORTUNG FÜR DIESE GEFÄHRLICHE ENTWICKLUNG.
GEBEN WIR EIN PAAR BEISPIELE ÜBER DIESE GEFÄHRLICHE ENTWICKLUNG:

In der Türkei werden in der bisher in der Weltgeschichte noch nie dagewesenem Maße, Patrioten zum Tode und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

Für den nationalistischen Führer Alpaslan TÜRKES und 22o Personen, unter denen sich die Funktionäre und Parlamentarier der MHP befinden, wird die Todesstrafe gefordert. Für weitere 5oo Nationalisten wird eine zusätzliche Anklageschrift vorbereitet, in der für 25o Personen die Todesstrafe gefordert wird.

In der Türkei will man alle patriotischen, nationalistischen und anti-kommunistischen Vereine, Gewerkschaften und Institutionen zusammen mit der MHP verbieten.
Dem gegenüber bleibt ein großer Teil der Vereine, Gewerkschaften, Berufsgenossenschaften, Institutionen und Parteien, die sich in den Händen der Kommunisten und Spalter befinden unbehelligt.

Kommunisten, die sich in die Polizeiorganisation eingeschlichen haben und einige linke Staatsanwälte, üben aufgrund der von oben erteilten Befehle die ekelhaftesten und grausamsten Foltern durch, nur um die patriotischen Idealisten schuldig erklären zu können.
Durch Folter sind zahlreiche gestorben oder zu Krüppeln gemacht worden. Wir werden gezwungen sein, die Foltervorfälle und die Komplotte gegen uns, die wir bis jetzt aufgrund unserer Verbundenheit zum Staat nicht veröffentlicht haben, zu veröffentlichen.

Obwohl die Parlamentarier und die Führer der oberen Gremien der MHP, die seit über 9 Monaten in Untersuchungshaft sind, nicht verhört wurden, fordert man die Todesstrafe für sie. Sowas gab es in der ganzen Weltgeschichte noch nicht.

Unter dem Deckmantel des Neutralismus werden Personen, die mit den Anarchisten sympathisieren oder mit denen indirekt in Verbindung stehen, in den Staatsapparat gebracht, und auf diesem Wege die Zukunft des türkischen Staates in die Hände der Kommunisten gelegt.

Die Patrioten und Anti-kommunisten, deren Namen bekannt sind, werden gekündigt oder in die Verbannung geschickt.

6o Führer der Lehrergewerkschaft TÖB-DER werden zur Schau vor die Militärgerichte gestellt, aber ca. 15o.ooo Militante dieser Organisation werden weiterhin im Erziehungsministerium auf wichtige Posten gesetzt.

In der Polizei werden kommunistische Militante der POL-DER (Polizeigewerkschaft) in Schlüsselpositionen gebracht.

In den Universitäten, Akademien und Hochschulen bleiben die Kader, die wie eine Brutmaschine aktivistische Kommunisten ausbilden, unbehelligt.

Es werden die verschiedensten Wege gesucht, um nicht zu der versprochenen Demokratie zurückkehren zu müssen. Schon jetzt wird gesagt, daß auch wenn eine konstitutionelle Versammlung gebildet wird, alles beim Alten bleiben werde.

Die Kommunisten, die sich in die Armee eingeschlichen haben, bleiben unbehelligt und werden sogar mit jedem Tag noch dreister.

Patriotische Arbeiter und Studenten !
Es ist möglich, diese schmerzlichen, aber wahren Beispiele zu verlängern. Unser Ziel ist es, über die gefährliche Entwicklung in der Türkei unser Meinung zu äußern. Angesichts dieser aufgetauchten Situation müssen wir einige Beschlüsse fassen. WIR KÖNNEN NICHT DIE VERANTWORTUNG DIESER GEFÄHRLICHEN ENTWICKLUNG VOR GOTT, DER NATION UND DER GESCHICHTE ÜBERNEHMEN, AUS DIESEM GRUNDE ENTZIEHEN WIR DEN JETZIGEN MACHTHABERN UNSERE UNTERSTÜTZUNG. WIR BEZIEHEN ENTSCHIEDEN STELLUNG GEGENÜBER DENJENIGEN, DIE DURCHGEDREHT SIND UND UM DES KOMPROMISSES MIT DEN KOMMUNISTEN WILLEN EIN GEFÄHRLICHES SPIEL, WIE DIE UNTERDRÜCKUNG DES NATIONALEN WIDERSTANDES, SPIELEN.

DIESE STELLUNG ZU BEZIEHEN IST ZWEIFELLOS EINE HEILIGE AUFGABE.

WIR RUFEN ALLE ARBEITER UND STUDENTEN DAZU AUF, AN DIESER AUFGABE TEILZUNEHMEN!

WARTET AUF UNSERE SPÄTEREN AUFRUFE.

EINHEITSFRONT AUF DEM
WEG DES NATIONALEN
STAATES UND DEMOKRATIE

FORTSETZUNG VON S.4

DER PROZEß GEGEN DIE MHP...

Versammlung gebildet wurde, und somit der erste wichtige Schritt zurück zur Demokratie unternommen wurde. Trotzdem sind die Freunde verängstigt. Vielleicht kamen sie aus der falschen Auslegung mancher Reden von Evren Pasa zu dem Schluß, daß sich die Situation verschärft habe. Jedoch wenn wir angesichts der sich verschärfenden Situation unsere Federn schweigen lassen, haben wir morgen, wenn wir zur Demokratie zurückgekehrt sind, kein Recht irgendeinen Politiker zu kritisieren.

Das Schließen der politischen Parteien und manche Erkärungen haben im allgemeinen eine Situation der Unzufriedenheit geschaffen, manche von unseren Journalisten fühlen sich genötigt, angesichts der verschärften Situation vorsichtig zu sein. Als Ergebnis dieses Wunsches wurden gestern aus unserem Artikel viele Abschnitte gestrichen. Es ging soweit, daß der Wortlaut des Artikels von Gebiet zu Gebiet verschieden gedruckt wurde. Die Presseangehörigen haben begriffen, daß es nötig ist, in der außerordentlichen Situation der Militärmacht zu helfen. ... Wenn sie Artikel schreiben, denken sie über jede Zeile nach, um den Stil weicher werden zu lassen, flechten sie einige Sätze, die das Gleichgewicht halten sollen mit in den Artikel ein. Nachher schauen sie hin und durch die ausgeübte 'Selbstzensur' sind nur noch die Sätze, die für Ausgewogenheit sorgen sollen übriggeblieben, und die Kritik, die der Artikel üben sollte ist entstellt worden.
Und das, obgleich kritisieren und Fehler aufzeigen der größte Dienst für die Macht und das Vaterland darstellt.
Unser Wunsch ist es, daß sich die verschärfte Situation wieder schlichtet, man für die gemeinsamen Ziele mit großen Schritten fortschreitet, und sich vor einem Verhalten, welches die Einheit und Zusammenarbeit verletzt, das Volk und die Angehörigen der Presse verängstigt, achtsam hütet.

Für diesen Artikel wurde Tercüman in der Türkei verboten. Es war den Generälen eine doch zu offene Stellungnahme für die MHP ! Und da sie zumindest dem Schein nach, sich nach außen hin immer noch durch Vorgehen gegen die MHP profilieren wollen, gingen sie dagegen an.

S.Kücük

ZDF - FILM OBER DIE FRAUEN AUS DER TORKEI IN DER BRD -

KAPITALISTISCHE KRITIK AM FEUDALISMUS

Vor einiger Zeit sendete das ZDF einen Film über die Lage von Frauen aus der Türkei in Westdeutschland. In traurigen, düsteren Bildern ließ er Frauen zu Wort kommen, die von ihren Männern geschlagen, mißhandelt und betrogen werden. Junge Mädchen, die hier aufgewachsen sind, stellten ihre Probleme mit traditionellen türkischen Lebensformen dar. Und schließlich wurden auch Jugendliche nach ihren Wertvorstellungen und Wünschen an eine Ehe befragt. Mit allen Interviews wurde dokumentiert, daß die Frauen aus der Türkei unglaublich schlecht von ihren Männern behandelt werden, daß die jungen Mädchen in zunehmendem Konflikt mit ihren Vätern und deren Lebensvorstellungen stehen, und daß die Jungs nach wie vor den Vorstellungen der Väter anhängen, wie, die Frau muß jungfräulich in die Ehe gehen, sie muß sich dem Ehemann vollständig unterwerfen, sie ist dazu da ihm zu dienen etc.

Der Film machte Aufruhr, nicht in deutschen, sondern in türkischen Zeitungen. Unter der empörten Schlagzeile: "Statt Problemfilm - Sexreport" entrüstete sich z.B. Tercüman:

"In dem Film werden die türkischen Sitten angegriffen, das hat unsere Arbeiter sehr empört. Sie sagen, natürlich ist der europäische Mann der, wenn er seine Frau am Arm eines fremden Mannes sieht, sich freut, nicht gleichzusetzen mit dem türkischen Mann. Unser Ehrenkodex ist genau das Gegenteil von dem des europäischen Mannes. Für die europäische Familie ist es ein großes Problem, wenn die minderjährige Tochter keinen Mann findet. Sie würden nicht einmal fragen, wo und mit wem die Tochter die Nacht verbringt. Wir Türken können das nicht akzeptieren."

Und Hürriyet:

"Nun sollte gerade dieser Film Probleme beleuchten und den in Deutschland lebenden Türken nutzen. Unserer Meinung nach haben die Filmproduzenten einen Fehler gemacht und dem Film einen falschen Titel gegeben. Wenn sie den Film "Sexreport über die Türken in Deutschland"betitelt hätten, wäre das genau treffend gewesen und sie hätten sicher mehr Zuschauer gehabt. Ein Problemfilm sollte das sein. Da können selbst die Hühner drüber lachen."

Angesichts der Tatsache, daß da geschundene und geschlagene Frauen zu Wort kamen, ist dieses Geschreibsel ein blanker Hohn und dient lediglich dazu, die Probleme die im Film angesprochen werden, überhaupt nicht aufzugreifen.

Liest man diese Empörungen der "gequälten Feudalseelen", denkt sicher jeder, na dann war das bestimmt ein guter und fortschrittlicher Film. Das war er aber nicht. Ich glaube, daß er sehr große Schwächen und Fehler hatte. Warum ?

In dem Film werden sicherlich eine Menge verschiedenster Erscheinungen der Unterdrückung der Frauen aus der Türkei aufgeführt. Nur, die Ursachen für diese Lage, die sozialen und gesellschaftlichen Hintergründe werden fast überhaupt nicht benannt, bzw. nur ganz verkürzt angesprochen, damit kriegt der Film eine ganz falsche Schlagseite.

Als einziger ideologischer Hintergrund dieser Unterdrückung wird ein Islamist aus einer Koranschule interviewt, der die "Moral der Türken" erläutert. Leichtfertig läßt der Film folgende Zusammenhänge einfach unter den Tisch fallen.
In der Türkei wird von den herrschenden Klassen, heute von der Junta vertreten, (die sich z.B. nicht auf den Islam berufen) bewußt die feudale Unterdrückung der Frau aufrechterhalten, werden bewußt alte feudale, mittelalterliche Sitten wie Kauf und Verkauf der Frauen, Verbot für verheiratete Frauen ohne Mann auf die Straße zu gehen etc.geduldet und gefördert und zu ihrem Vorteil ausgenutzt. Es ist ihnen nur recht, wenn ein Arbeiter, der den ganzen Tag schwer gearbeitet hat, völlig erledigt und fertig nach Hause kommt, seinen Haß, seine Wut gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen nicht etwa gegen seinen Feind, den Fabrikboß, sondern gegen seine Frau und seine Kinder richtet. Selbst ständig getreten, tritt er weiter nach untern, schlägt seine Frau und Kinder.

Der Film verzichtet nicht nur auf Hintergründe, die eine Erklärung, (selbstverständlich keine Rechtfertigung, aber immerhin eine Erklärung, die sich gegen deutschen Chauvinismus richten würde, der das Verhalten der Männer aus der Türkei zu einer Mentalitätsfrage, bzw. nationalen Eigenschaft der "wilden Türken" macht und sich dabei noch so fortschrittlich dünkt)geben würden.
Der Film läßt noch eine ganz andere Tatsache außer Acht. Der Film gibt ja vor, der besonderen Lage der Frauen aus der Türkei Rechnung zu tragen - sicher vor allem in Hinblick auf die Unterdrückung durch Männer. Ich finde es allerdings ein armseliges Unterfangen, wenn ein Film von einer sich als fortschrittlich verstehenden Filmemacherin bei den Problemen der Frauen aus der Türkei in der BRD - nur die Unterdrückung dieser Frauen durch deren Männer anführt, das heißt zu verschweigen, daß die Frauen aus der Türkei hier in den Fabriken, diejenigen sind, die am allermeisten ausgebeutet und unterdrückt sind, die die schlechtbezahlteste und schwerste Arbeit verrichten müssen, die nicht etwa nur von ihren Männern, sondern von deutschen Vorarbeitern und Meistern besonders schikaniert und verhöhnt werden. Es ist immer einfacher sich über "die anderen",in dem Fall die türkischen Männer auf zu regen, als daß man erstmal bei sich selber schaut, wie es denn da bestellt ist mit der Behandlung der Frauen aus der Türkei.

Ein weiterer Punkt ist, daß die Autorin der feudalen Unterdrückung die hiesigen moralischen,sexuellen Lebensgewohnheiten gegenüberstellt, ohne diese selbst zu hinterfragen. So werden die Moralvorstellungen hier, de facto als richtige Alternative zur feudalen Unterdrückung hingestellt. So erscheint es, als seien die Frauen hier frei, emanzipiert und sei das Problem der feudalen Unterdrückung durch"freie Beziehungen" Geschlechtsverkehr vor der Ehe etc. gelöst.
Sicher kann man von einem deutschen Fernsehfilm nicht verlangen, daß er das Wesen der kapitalistischen Unterdrückung der Frau aufzeigt. Aber was man hätte erwarten können ist, ein Hinterfragen, ein In-Frage-Stellen der hier herrschenden Moral. Man hätte einen Hinweis darauf geben müssen, daß die Lage der Frau hier in der BRD in vieler Hinsicht besser, das heißt freier von solchen Sitten und Gebräuchen wie in der Türkei ist, daß das aber nicht gleichzeitig bedeute, daß sie frei ist, daß die Unterdrückung durch den Mann nicht mehr existiert.

Was von dem Film nicht zu erwarten ist, sei hier noch mal festgehalten, um die Problematik, die der Film aufgreift, tiefgehender zu behandeln.

Im Vergleich zum Feudalismus sind historisch gesehen, die Lebensbedingungen der Frauen im Kapitalismus fortschrittlicher - denn sie sind frei gelegt von aller Verbrämung. Engels führt das so aus: "Indem sie (die Weltgeschichte A.d.V.) alle Dinge in Waren verwandelte, löste sie alle überkommenen, altherkömmlichen Verhältnisse auf, setzte an die Stelle der ererbten Sitte, des historischen Rechts, den Kauf und Verkauf, den "freien"Vertrag" (und bezieht diese Verhältnisse auf die Eheschließung)."(MEW Bd.21S.81)
Freie, im wirklichen Sinne des Wortes, Verhältnisse für die Frauen gibt es eben weder im Feudalismus noch im Kapitalismus, die wird es nur in einer Gesellschaft geben, die keine Ausbeutergesellschaft ist.

Die Frauen aus der Türkei haben bis dahin einen sehr mühsamen Weg vor sich. Diesen Weg werden sie aber beschreiten und haben ihn in vielen Kämpfen in der Türkei schon beschritten, im Kampf gegen die reaktionären, mittelalterlichen Ideologien sowohl bei den Männern als auch bei sich selbst. Diesen Weg werden die Frauen aber gemeinsam mit ihren Klassenbrüdern gehen, denn nur in diesem gemeinsamen Kampf für die Befreiung aller Unterdrückten wird auch die Befreiung der Frau erstritten werden.



ÜBERBLICK über die verschiedenen linken Organisationen in der Türkei

Endlich beginnen wir unser Vorhaben einzulösen, einen Überblick über die wichtigsten politischen Positionen der verschiedenen Organisationen in der Türkei zu geben. Selbstkritisch stellen wir fest, daß es falsch war, den Abdruck bereits fertiggestellter Teile dieses Überblicks immer wieder aus Platzgründen zugunsten aktueller Meldungen zu verschieben. Aufgrund etlicher Diskussionen mit Lesern, meinen wir, daß aktuelle Informationen natürlich auch wichtig sind, aber, da wir da auch überhaupt nicht - was Aktualität betrifft - mit den bürgerlichen Medien "mithalten" können, Hintergrundmaterial und vertiefende Analysen mindestens genauso wichtig. In den bürgerlichen Medien gibts die natürlich vom entsprechenden Standpunkt aus, aber bei den revolutionären und demokratischen Zeitungen in deutscher Sprache, die sich mit der Lage in der Türkei befassen, sind die eher rar. Da unterscheidet sich die"Türkei im Kampf", nach Ansicht der Leser, positiv von diesen und diese Unterscheidung sollte nicht abgebaut, sondern ausgebaut werden.

Wenn wir im folgendem einen Überblick geben über grundlegende Auffassungen der verschiedenen Organisationen aus der Türkei, dann tun wir das nicht "wertfrei und neutral". D.h. wir werden selbstverständlich die Positionen der Organisationen wahrheitsgetreu widergeben - werden uns aber eines wertenden Kommentars nicht enthalten. Das unterstützt, unserer Meinung nach,eine solidarische und kritische Diskussion.
Wir beginnen mit den verschiedenen Organisationen, die sich aus der THKP/C (Volksbefreiungsfront und Partei) von M.Cayan, die sich in den 70'ger Jahren auflöste, hervorgegangen sind, das sind Devrimci Yol (Revolutionärer Weg) und Devrimci Sol (Revolutionäre Linke). Es folgen in den nächsten Ausgaben der "Türkei im Kampf" Artikel über kleine Restgruppen der THKP/C und Gruppierungen die aus der THKO (Volksbefreiungsarmee)hervorgegangen sind; über Halkin Kurtulusu und alle anderen ebenfalls der albanischen Richtung angehörenden Organisationen; über die TKP/ML(ZK) und die TKP/ML(B); über die TIIKP - das Sprachrohr der heutigen Politik der KPCH in der Türkei und zuletzt über die TKP und ihre sämtlichen Ableger.

●●●●●●●●●●●●●●●●●● DEV-YOL ●●●●●●●●●●●●●●●●●●

Das Zentralorgan ist:
DEVRIMCI YOL
In deutscher Sprache gibt Dev.Yol die
TÜRKEI INFORMATION heraus.



Zeitung von Dev.Yol für die Arbeiter aus der Türkei in Westdeutschland:
DEVRIMCI ISCI (revolutionärer Arbeiter)

Geschichtliches:

Nach der Auflösung der THKP/C, die von M.Cayan (er wurde im März 1972 bei einer Entführungsaktion von NATO-Militärberatern durch die THKP/C mit 9 weiteren Revolutionären ermordet) geführt wurde, bildete sich eine revolutionäre Jugendorganisation, die Devrimci Genclik (DEV.GENC) heraus. Von dieser wiederum spalteten sich 75 diejenigen ab, die die Organisation Dev.Yol gründeten. 1977 wurde von Dev.Yol die erste Plattform 'Bildirge' (Manifest) erstellt. Die Organisation Dev.Yol entwickelte sich in den folgenden Jahren bis zum 12.September Putsch zur zahlenmäßig stärksten Organisation der revolutionären Bewegung in der Türkei.

HALTUNG ZUR JUNTA UND ZUR HERRSCHAFTSFORM IN DER TÜRKEI

Für Dev.Yol hat vor dem Putsch keine bürgerliche Demokratie, sondern auch der Faschismus geherrscht:

"Dev.Yol bezeichnet die derzeitige Herrschaftsform der Türkei als Faschismus vom kolonialen Typ. Dieser kann mit parlamentarischem Anstrich oder aber auch in offener Gewaltherrschaft auftreten." ("Die sozialistische Bewegung in der Türkei"Broschüre von Dev.Yol, im folgenden als 'Broschüre' zitiert, S.16).

Diese richtige Position wird allerdings durch folgende Einschätzung der CHP (Republikanische Volkspartei Ecevits)unserer Meinung nach stark relativiert:

"..so bedeutet es jedoch nicht, daß die CHP eine faschistische Partei wäre."('Broschüre'S.26)

Und als praktische Politik folgert die Dev.Yol aus dieser Einschätzung:

"Anzustreben ist daher eine neutrale Haltung der CHP in dieser Auseinandersetzung. Sie ist selbstverständlich kein Feind, der besonders stark bekämpft werden muß. Schließlich verfügt sie an der Basis auch über ein nicht zu unterschätzendes antifaschistisches Potential.")

Aus dieser Einschätzung kann man nur schlußfolgern, daß,als die CHP die Macht ausübte,in der Türkei kein Faschismus herrschte.

EINSCHÄTZUNG DER SOZIO-ÖKONOMISCHEN STRUKTUR IN DER TÜRKEI

Dev.Yol vertritt:

"Die Türkei ist ein halbkoloniales Land, in dem verformte kapitalistische Produktionsweisen vorherrschen."('Broschüre'S.26)

Über die Abhängigkeit vom Imperialismus vertritt Dev.Yol seit dem Putsch folgende Einschätzung:

"Ja, man kann sogar soweit gehen und feststellen, daß in diesem Fall nicht die USA als alle allein stützende Kraft hinter dem Putsch stand .., sondern das gesamte westliche Bündnis, gerade auch die europäischen Verbündeten, als Drahtzieher des Putsches erkennbar sind."('Broschüre S.5)

Immerhin wird nicht mehr nur völlig einseitig der US-Imperialismus als Ausbeuter und Unterdrücker der Türkei gesehen. Die besondere Rolle allerdings des westdeutschen Imperialismus wird von Dev.Yol nach wie vor unterschlagen. Das wiederum hat viel mit ihrer Einschätzung der SPD, auf die wir im weiteren noch eingehen werden, zu tun.

Sie schätzen die sozio-ökonomische Lage auf dem Land so ein, daß auf dem Lande

"allenfalls von halbfeudalen Verhältnissen gesprochen werden kann."('Broschüre',S.16)

ETAPPEN DER REVOLUTION IN DER TÜRKEI

Dev.Yol geht von der Notwendigkeit einer

"demokratischen Volksrevolution" ('Broschüre'S. 26). Darunter versteht sie vorrangig den antiimperialistischen und wie sie formuliert "antioligarchischen" Kampf. Hinsichtlich der demokratischen Aufgaben der Revolution, die in halbfeudalen und halbkolonialen Ländern im Wesentlichen die Bauernfrage umfassen, vertritt Dev.Yol:

"die Lösung der Bodenfrage (ist) nicht mehr zentrales Anliegen der demokratischen Revolution."('Broschüre'S.26)

Und an anderer Stelle:

"Die Aspekte einer demokratischen Revolution haben sich verringert(Landreform ist nicht mehr vorrangige Aufgabe)".('Broschüre',S.24)

Die Notwendigkeit der Agrarevolution wird also für die Türkei bestritten.

Die demokratische Volksrevolution ist für Dev.Yol eine Etappe im Kampf für den Sozialismus. (Manifest, in türkischer Sprache,)

WEG DER REVOLUTION IN DER TÜRKEI - KAMPFFORMEN

Dev.Yol hat in der Kritik an der Politik der THKP/C einen Punkt besonders hervorgehoben:

"Außerdem war es nicht gelungen, die organischen Bindeglieder zwischen bewaffnetem und friedfertigem Kampf herzustellen. In direkter Ableitung wurde nur noch der bewaffnete Kampf als Grundvoraussetzung jeder weiteren Auseinandersetzung betrieben".('Broschüre',S,25)

Aus dieser zunächst sehr einleuchtend erscheinenden Kritik am guevaristischen Konzept der THKP/C entwickelte sich Dev.Yol, unserer Meinung nach, nun allerdings ein ausgesprochen reformistisches Konzept des Wegs der Revolution.

Als Alternative nicht nur zur THKP/C, sondern zu allen Gruppierungen, rühmt sich Dev.Yol

"einen unabhängigen, undogmatischen Weg zur demokratischen Volksherrschaft zu beschreiten." ("Türkei Information",Nr.7 S.20)

Die Politik dieses "undogmatischen Weges" zielt in folgende Richtung:

"Die Politik von Dev.Yol in Richtung auf Selbstverwaltung wurde in Stadtteilkomitees, sowohl als auch in Betriebsgruppen verwirklicht."(ebenda)

Und als Beispiel für diese Politik wird die Stadt Fatsa angeführt:

"Zur gleichen Zeit wurde aber auch die Bevölkerung einer Stadt wie Fatsa angegriffen (1980 A.d.V.)(und zwar mit starker militärischer Unterstützung), weil sich hier nach demokratischen Wahlen Selbstverwaltungsprinzipien in den Stadtteilkomitees durchgesetzt hatten, mit denen alle sozialen, wirtschaftlichen und zwischenmenschlichen Probleme in einer neuen Kollektivität gelöst wurden."(ebenda)

Dev.Yol behauptet hier nicht weniger als daß in einer Stadt in der Türkei, unter der Herrschaft des Faschismus, die Demokraten"die Macht übernommen" haben, und daß dies der Weg zur Revolution sei. Und das wird behauptet, obgleich Dev.Yol selbst berichtet, welch grausamer Unterdrückung diese Stadt und ihre Bewohner unterzogen wurden. Diese Selbstverwaltungskonzepte, die nur allzu deutlich an die Strukturreformen der"Eurokommunisten"erinnern, sind total unbrauchbar, schaffen bei den Massen nur Illusionen wie der Staat sei von unten her reformierbar, und Schlußfolgerung daraus ist und kann nur sein, er braucht nicht mehr zerschlagen zu werden. Diese Politik liefert die Massen den Herrschenden aus, treibt sie ins offene Bajonett. Gleichzeitig ist das eine Verherrlichung legaler Kampfmittel wie Wahlen etc.

HEUTIGE KAMPFAUFGABEN

Als Kampfaufgabe in der aktuellen Situation legt Dev.Yol die demokratische Massenarbeit fest:

"Verhinderung der Unterdrückung von Forderungen der gesellschaftlichen Opposition und aller arbeitenden Schichten, insbesondere der Arbeiterklasse, Einsatz für die mit ßen getretenen Arbeiterrechte, Erweiterung der Arbeiterbewegung,..Kampf gegen Folterungen und Hinrichtungen, Kampf gegen Gesetzesvorbereitungen, die die Legalisierung von Repression und Gewalt bedeuten, Organisation und Ausbau einer revolutionären, demokratischen Opposition.." (Organisationsinternes Papier von Dev.Yol zitiert in 'Broschüre' S.29)

HALTUNG ZUM IMPERIALISMUS / SOWJETUNION -CHINA

Dev.Yol bezeichnet sowohl China als auch die Sowjetunion als "sozialistische Großmächte".(Türkei Information Nr.7). Das halten wir angesichts der reaktionären Politik dieser Staaten, des sozialimperialistischen Charakters der Sowjetunion für eine eklatante Falscheinschätzung, die den Trennungsstrich zwischen Revolution und Konterrevolution völlig verwischt. Dev.Yol kritisiert die Politik dieser Staaten zwar als revisionistisch und nationalistisch, kann sich aber selbst angesichts der russischen sozialimperialistischen Aggression gegen Afghanistan um die entscheidende Frage nach dem Wesen dieser Politik rumdrücken:

"Es ist zu beobachten (bei den Staaten des 'realen Sozialismus' wie Dev.Yol sie auch charakterisiert,A.d.V.), daß im internationalen Rahmen nicht die Befreiungsbewegungen und Massenkämpfe, sondern bürgerliche Methoden der Massenbeherrschung als Partnerkräfte in fremden Ländern bevorzugt werden (Afghanistan, Äthiopien)" ('Broschüre',S.25)

HALTUNG ZUR REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG IN DER TÜRKEI

Wie viele Organisationen, so betreibt auch Dev. Yol in der ideologischen Auseinandersetzung anstelle einer sachlichen und scharfen Kritik und Polemik einen Kampf gegen andere Organisationen, der sich häufig auf Verleumdungen, Verfälschungen oder ganz einfach auf Lügen gründet.

Ein Beispiel dafür aus der 'Broschüre', wo sie vorgeben, eine Analyse der "sozialistischen Bewegung" in der Türkei zu leisten:

"Die TIKKO verschwand mit dem Foltertod ihres Führers Ibrahim Kaypakkaya praktisch von der Bildfläche."('Broschüre' S.15)

Hier handelt es sich nicht mal um eine Verleumdung, sondern schlichtweg um eine Lüge. Spätes-

tens durch die Prozeßwelle nach dem Putsch vom 12.September gegen hunderte von TIKKO Anhängern und Sympathisanten zeigt sich wie haltlos solche Lügen, die eine politische Auseinandersetzung ersetzen sollen, sind.

Obwohl die "TKP" (Kommunistische Partei der Türkei) als revisionistisch eingeschätzt wird, wendet sich Dev.Yol vehement gegen eine Charakterisierung der TKP als Sozialfaschisten. Daß das ein Ausdruck der schwankenden Haltung von Dev. Yol gegenüber der TKP ist, soll widerum an einem Beispiel erläutert werden. Dev.Yol geht in ihrer versöhnlerischen Haltung soweit, daß sie die Ereignisse des Mai 1977 in Istanbul völlig auf den Kopf stellt: O-Ton Dev.Yol:

"Mit dieser Logik (Charakterisierung der TKP als Sozialfaschisten A.d.V.) wurde auch die Gegendemonstration gegen den 1.Mai-Protest von DISK im Jahre 1977 organisiert, durch die die 'Konter-Guerilla' einen Vorwand geliefert bekamen, die Arbeiter niederzumetzeln" ('Broschüre',S.21)

Tatsache ist, die sozialfaschistischen Ordner versuchten mit allen Mitteln, die Gegendemonstranten abzudrängen und das nutzen die 'Konter-Guerilla' Einheiten, um eine Panik zuschaffen, und in die Menge blindlings reinzuschießen. Es ist wirklich Ausdruck einer extrem reformistischen Haltung, so gegen die revolutionäre Bewegung Stellung zu beziehen.

HALTUNG ZU FRAGEN DER ANTIIMPERIALISTISCHEN BEWEGUNG IN WESTDEUTSCHLAND

Dev.Yol hat den Hungerstreik, der 81/82 in vielen Städten in Westdeutschland und in Westberlin stattfand, ideologisch führend mitgestaltet und beeinflußt. Eine der Hauptforderungen dieses Hungerstreiks war die Entsendung einer Untersuchungskommission der Bundesregierung in die Türkei. (Diese Forderung wurde auch tatsächlich erfüllt. Ergebnis war ein Abschlußkomitee der Komission, daß der Junta Demokratie bescheinigte und leugnete, daß es systematische Folter in der Türkei gibt.) Auf Kritiken an dieser Ausrichtung des Hungerstreiks antwortet Dev.Yol mit einer Einschätzung der westdeutschen SPD, die identisch mit ihrer Haltung zur sozialdemokratischen Partei Ecevits ist.

"Die Forderungen der Hungerstreikenden waren gezielt auch an die Bundesregierung gerichtet, die besonders durch eine Kritik aus den eigenen Reihen zum Einlenken gezwungen werden konnte.. ..Die Unterstützung der Angehörigen der Partei hat aber einen grundsätzlich anderen Stellenwert, da mit ihr eine innerparteiliche Opposition gegen die offizielle Regierungspolitik aufgebaut werden kann." ("Türkei Information", Nr.7 S.20)

Wenn das keine fatale Unterschätzung der Regierungspartei des westdeutschen Imperialismus ist... In dem Fall hat dann auch der Gang der Ereignisse selbst diese Einschätzung entlarvt, siehe oben - die Ergebinsse der Untersuchungskommission.

...DEV-SOL...

entralorgan:
DEVRIMCI SOL (Revolutionäre Linke)

In deutscher Sprache geben sie die Zeitung: TÜRKEI - NACHRICHTEN heraus.

TÜRKEI-NACHRICHTEN

DEVRIMCI SOL  "REVOLUTIONÄRE LINKE."

Für die Arbeiter aus der Türkei in Westdeutschland geben sie die Zeitung: DEVRIMCI TAVIR (Revolutionäre Haltung) heraus.

Geschichtliches:

1978 hat sich Dev.Sol von Dev.Yol abgespalten. In einem programmatischen Dokument mit dem Titel "Das Liquidatorentum und die revolutionäre Linie" begründen sie diesen Schritt ausführlich. Dev.Sol trat in den Jahren vor dem Putsch insbesondere durch spektakuläre bewaffnete Aktionen, wie Ermordung führender Faschisten etc. hervor. Diese Exponiertheit führte dann auch dazu, daß sie eine der Organisationen war, die nach dem 12.September Putsch besonders scharf verfolgt und aufgerieben wurden. Die Faschistenjunta konnte aufgrund von Geständnissen und Denunziation einen großen Teil der aktiven Kader dieser Organisation verhaften, bzw. bei der Verhaftung gleich erschießen.

EINSCHÄTZUNG DER JUNTA

Dev.Sol hält den 12.September Putsch für "den Machtantritt des Faschismus","der die parlamentarischen Regierungen ablöste".(Flugblatt von Dev.Sol(Sep.'81)

Die Junta wird als einzig von "den USA abhängig" (ebenda) charakterisiert. Die Abhängigkeit von anderen imperialistischen Großmächten, wie dem westdeutschen Imperialismus bleibt unerwähnt.

Realistisch schätzen sie die ideologischen Einflüsse der faschistischen Junta in den Massen ein: "Durch dieses Vorgehen (gegen die MHP etc.A.d. V.) hat die Junta in den intellektuellen und demokratischen Kreisen sowie in den Kreisen derer, die sich demokratisch und fortschrittlich nennen, viel Unterstützung gefunden. Dies bedeutet, daß die Junta dank ihrer 'neutralistischen'Politik, die sie mittels Demagogie und Lügen betreibt, eine breite Schicht (der Kleinbourgeoisie) hinter sich hat. Auch die Opposition der breiten, in Unwissenheit gehaltenen Massen hat die Junta mittels ihrer Demagogie gelähmt und sich somit einen Vorteil für die Erreichung ihrer Ziele geschafft."(ebenda)

EINSCHÄTZUNG DER SOZIO-ÖKONOMISCHEN STRUKTUR IN DER TÜRKEI

Dev.Sol führt in ihrem programmatischen Dokument aus:

"..in diesen Ländern (wie in der Türkei A.d.U.) ist die von oben übergestülpte kapitalistische Produktionsweise vorherrschend. Das heißt die demokratische Revolution ist von oben nach unten in gewisser Weise verwirklicht worden. Jedoch sind die feudalen Beziehungen im Überbau im allgemeinen nicht aufgehoben worden."(Dokument S.55)



HETZE GEGEN DEV.YOL-DEV.SOL IN TÜRKISCHEN ZEITUNGEN

ETAPPEN DER REVOLUTION IN DER TÜRKEI

Dev.Sol geht ebenfalls von der Notwendigkeit ner demokratischen Volksrevolution, die sie wie folgt charakterisiert, aus:

"In der ersten Periode, die wir als demokratische Volksrevolution bezeichnen, wird durch den Kampf (den Volkskrieg) aller Klassen und Schichten unter Führung der Arbeiterklasse, die Oligarchie überwunden. Und die demokratische Revolution wird ununterbrochen bis zur klassenlosen Gesellschaft weiter geführt."(Dokument, S.72)

WEG DER REVOLUTION IN DER TÜRKEI

Ganz im Gegensatz zu der oben angeführten Ausführung von Dev.Sol über die aktuelle ideologische Stärke der Junta, steht unserer Meinung nach ihre Auffassung von einer immer herrschenden revolutionären Situation in der Türkei:

"In unserem Land herrscht, auch wenn sie nicht reif ist, immer eine revolutionäre Situation." (Dokument S.72)

Selbst von einer "unreifen" revolutionären Situation heute in der Türkei zu sprechen, erscheint uns eine mit Blindheit vor den Realitäten geschlagene Politik zu sein.

Hinsichtlich des politischen Wegs der Revolution wird von Dev.Sol der Weg der chinesischen Revolution schematisch (und auch verfälschend diesen selbst,wie er in China verlief) auf die Türkei übertragen. Die militärische Strategie des Volkskrieges wird zur politischen Strategie:

"Der Volkskrieg in unserem Land wird ein Kampf sein, der damit beendet wird, daß die Bauernarmee unter Führung der Arbeiterklasse die Städte einkreist...In der ersten Periode des Kampfes wird die Führung der Arbeiterklasse ideologisch und nicht materiell sein.... Alles andere, d.h. die direkte Teilnahme der Arbeiterklasse am Kampf,ist im Endeffekt revisionistisch und endet damit, daß man den Aufstand nach sowjetischer Art vertritt." (Dokument,S. 69)

HALTUNG ZUM BEWAFFNETEN KAMPF

In dieser Frage vertritt Dev.Sol die klassischguevaristische Theorie und das ist auch ihr Hauptkritikpunkt an Dev.Yol, daß sie diese Auffassungen revidieren würden:

"Der entscheidende Punkt, in dem wir uns von den anderen revisionistischen und opportunistischen Gruppen hinsichtlich der Frage des Volkskrieges unterscheiden, ist, daß wir ihn nicht als eine Strategie ansehen, die sich auf schon politisierte Massen stützt, sondern als eine Strategie, die es durchzuführen gilt, um die Massen zu politisieren und in den Krieg miteinzubeziehen."(Dokument, S.69)

AKTUELLE KAMPFAUFGABEN

Angesichts der eben angeführten Position von Dev. Sol zum bewaffneten Kampf ist es nur eine logische, wenn auch sehr abenteuerliche Konsequenz, die heutige Hauptaufgabe so zu umreißen:

"Unter den ökonomisch-politischen Bedingungen nach dem Putsch, unter denen die Bedeutung des bewaffneten Kampfes klar wurde, ist der bewaffnete Kampf die einzig verbliebene Möglichkeit des Volkes, eine Alternative zur Junta zu schaffen."(Flugblatt, Sep.'81)

HALTUNG ZUR REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG

In einer absolut unselbstkritischen und oberflächigen Art und Weise wird auf die Niederlage der revolutionären Bewegung durch den 12.September Putsch eingegangen:

"Der mit dem faschistischen Putsch vom 12. September begonnene Prozeß hat bewiesen, daß die politischen Richtungen aller linken Bewegungen in der Türkei, die ein neu-kolonialisiertes Land ist, falsch und erfolglos sind. Die linken Gruppen konnten die neuen Formen des Klassenkampfes, die gemäß der Wirtschaft und der Politik der Imperialisten gestaltet werden müssen, nicht erkennen und sich damit nicht auf neue Kampfmethoden einstellen und vorbereiten." "Dev.Sol,die die neueste Bewegung unter den linken Organisationen ist und die nur eine zweijährige politische Vergangenheit hat, hat den Kampf durch mehrere bewaffnete Aktionen gegen die Kräfte der Junta in aktiver Form weitergeführt. Dev-Sol ist auch heute entschlossen, den bewaffneten Kampf weiterzuführen."

Das,was da von Dev.Sol als neue Kampfform und neue Strategie angepriesen wird, hat bereits einmal in der Geschichte der revolutionären Bewegung der Türkei Schiffbruch erlitten. Genau die selbe Politik wie Dev.Sol vertrat die THKP/C, die von den herrschenden Klassen aufgerieben wurde. Dev. Sol hat daraus offensichtlich nichts gelernt und führt fort einen Krieg zu führen, der die Massen zu bloßen Zuschauern degradiert und in Passivität verharren läßt.

HALTUNG ZUM RUSSISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS

Dev.Sol. vertritt in dieser Frage die selben Auffassungen wie Dev.Yol. Sie schätzt zwar die KPdSU als revisionistisch ein, bezeichnet aber die Sowjetunion als sozialistischen Staat. Sie nimmt also die gleiche versöhnlerische und den Sozialimperialismus aus der Schußlinie nehmende Position wie Dev.Yol ein.

FORTSETZUNG VON S.1
TÜRKISCHE UNIVERSITÄTEN

strich bekommt, kratzt sie schon an der Farbe.
Selbst wenn sich ein Hochschulangehöriger in einem "karitativen" Verband betätigen will, muß er zuvor die Genehmigung der Universitätsleitung einholen.
Trotz diesem massiven Angriff auf die Universitäten werden die Studenten der Universitäten der Türkei wieder für ihre Rechte streiten und sich an die Seite der kommenden Kämpfe der werktätigen Massen stellen, wie schon so oft in der Geschichte der Volkskämpfe der Türkei. Das werden auch keine noch so geschickt ausgetüfftelten Gesetze verhindern können. H.Hellmer

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
E. Stralucke, Pstf.: 111701
6 Frankfurt a.M.
Eigendruck im Selbstverlag

ABONNEMENT:
Jahresabonnement: (mind. 10 Nummern, incl. Porto).......... 17.-DM
Solidaritätsabo....... 25.-DM
Halbjahresabo.......... 9.-DM

Bestellungen und Zuschriften sind zu richten an:
Buchladen Georgi Dimitroff
Koblenzerstr.4
6000 Frankfurt /Main

Einzahlungen auf Konto
E.Stralucke Knt.: 294977500
Dresdener Bank, Frankfurt/M
Bankleitzahl 5oo 80000

LESERBRIEFE UND LESERKRITIKEN

I.

ÜBER EINIGE FEHLER IN DER TIK NR.9

1) An der Demonstration in Duisburg haben mindestens 15.000 und nicht 13.000 wie"Türkei im Kampf" berichtete, teilgenommen.

2) Im gleichen Artikel, dem Artikel über die Demonstration in Duisburg stimmt die Kritik am Vorbereitungskomitee nicht. Von der Aktionseinheit wollten Halkın Kurtulusu, Devrimci Halkin Birligi und Partizan Bolschewik, Partizan und ATIF ausschließen und diese haben mit dem Vorbereitungskomitee nichts zu tun. Diejenigen, die hinsichtlich der Frage der Demonstrationsroute zurückgewichen sind, waren Dev.Yol, Halkin Kurtulusu, eine deutsche trotzkistische Gruppe und Leute von drei verschiedenen Türkeikomitees. Es gibt über die ganze Sache sehr viele Informationen in Mücadele, in den Nummern 59/60/61. Die Fehler, die hier gemacht wurden, vertragen sich nicht mit der Ernsthaftigkeit der"Türkei im Kampf". Die Berichte die abgedruckt werden, müssen kontrolliert werden.

ANTWORT DER REDAKTION:

zu 1) Hier haben wir uns auf Angaben von Genossen verlassen, die die Demonstration gezählt haben. Bei anderen Organisationen schwankten die Angaben zwischen 20.000 und 30.000. Das entsprach nun ganz offensichtlich nicht den Tatsachen und ist Ausdruck einer sehr fragwürdigen Praxis, eine besondere Stärke durch Übertreibungen zu demonstrieren. Wir wollen damit sagen, daß wir vorsichtig mit solchen Zahlen umgehen wollen und lieber etwas weniger angeben, als hemmungslos zu übertreiben.

zu 2) Der Kritik des Genossen stimmen wir voll zu. Die Berichte werden, soweit es uns möglich ist kontrolliert. In diesem Fall handelt sich um ein Übersetzungsproblem - wir haben die Mücadele Artikel für unseren Artikel benutzt, aber offensichtlich nicht alles richtig verstanden.
Die Sache mit dem Vorbereitungskomitee verhielt sich also folgendermaßen: Zu den ersten Aktionseinheitsverhandlungen habhaben Dev.Yol und die diversen Türkeikomitees aufgerufen gehabt. Es kamen alle politischen Gruppierungen. Die sich marxistisch-leninistisch nennenden Organisationen stellten auf dem Treffen fest, daß sie nicht mit FIDEF demonstrieren und eine Aktionseinheit machen würden. Daher bildeten diese Organisationen einen eigenen Aktionseinheitsausschuß, und in eben diesem Gremium stellten die drei Organisationen, H.K., Partizan und Devrimci Halkin Birligi eine Aktionseinheit gegen Bolschewik Partizan und ATIF her.

II.

KRITIK AN DER"TÜRKEI IM KAMPF"/9

1.Es ist sehr seltsam, daß in dieser Ausgabe ein Flugblatt von der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) unkommentiert übernommen wird. Es entseht der Anschein als teile die Redaktion die Meinung von der PKK. Es hätten zumindest 2 Dinge vorausgeschickt werden müssen: 1. um welch eine Organisation in ideologisch und politischer Hinsicht handelt es sich 2.worin bestehen wesentliche Differenzen zwischen der Redaktion und der PKK, die sich auch an dem Flugblatt festmachen lassen. Zum Beispiel: Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Redaktion die Linie der PKK über die "türkische Kolonie Kurdistan" teilt, ohne zugleich deren Organisationsmodell der ausschließlich kurdischen Organisation zu teilen. Die Redaktion müßte dann den Standpunkt einnehmen, daß alle kurdischen Revolutionäre, Antiimperialisten und Demokraten aus der Türkei sich in einer kurdischen Organisation vergleichbar mit PKK organisieren müßten?!

ANTWORT DER REDAKTION:

Wir sind, wie der Leser der Auffassung, daß es ein Fehler war das Flugblatt von PKK ohne einen Kommentar zu dieser Organisation abzudrucken. Hier stimmen wir der Kritik voll zu. Nur haben wir unterschiedliche Beweggründe dafür. Der Kritiker meint, es würde so der Eindruck entstehen wir würden die Auffassungen von PKK teilen. Dieser Ansicht sind wir nicht. Es ist eine Praxis, die wir seit der Herausgabe der "Türkei im Kampf" verfolgen, einerseits die verschiedenen revolutionären Organisationen im antiimperialistischen und antifaschistischen Kampf in der Türkei zu unterstützen, z.B. in der "Türkei im Kampf" Nr.8 veröffentlichten wir verschiedene Stellungnahmen verschiedener Organisationen zur Verfolgung der Revolutionäre, zum Hungerstreik in den Gefängnissen etc. Mit den Verfassern, den jeweiligen Organisationen sind wir keineswegs in allen politischen Fragen einer Meinung, siehe zb. in dieser Nummer unsere kritische Auseinandersetzung mit Dev.Sol und Dev.Yol. Wir glauben aber nicht, daß es politisch und ideologisch sinnvoll ist bei jeder Frage der Solidarität, wie im Falle der PKK, Solidarität mit den politischen Gefangenen im PKK-Prozeß diese mit einer prinzipiellen Abgrenzung zur jeweiligen Organisationen verbinden. Im Falle PKK liegt die Sache allerdings "prinzipiell" etwas anders. Diese Organisation ist innerhalb der revolutionären Bewegung der Türkei in verschiedener Hinsicht negativ aufgetreten und es gab und gibt eine ideologische Diskussion, ob angesichts bestimmter Aktionen und der grundlegenden Linie der PKK diese überhaupt zur revolutionären Bewegung zu zählen ist oder ob sie nicht, vor allem aufgrund ihres bornierten und eingefleischten Nationalismus schon auf der Seite der Konterrevolution steht. Aufgrund dieser Diskussion hätten wir unbedingt, wenn wir uns schon dazu entschieden haben ein Flugblatt dieser Organisation abzudrucken, eine Einschätzung der PKK hinsichtlich der aufgeworfenen Probleme geben müssen. Kurz zusammengefasst ist unsere Meinung, es handelt sich um eine Organisation, mit einer sehr nationalistischen Linie und politischen Grundlage. Diese Organisation ist daher in ihrer Haltung zu den verschiedenen Imperialisten sehr offen für eine Stellungnahme für den einen gegen den anderen, ihre Haltung zum russischen Sozialimperialismus ist gerade von solch pragmatisch-nationalistischen Überlegungen geprägt. Hinsichtlich des russischen Sozialimperialismus vertritt sie die Haltung, daß es ein revisionistisches, aber noch sozialistisches Land ist. (Ähnlich wie Dev.Yol) Der Vorwurf es wäre eine Agentenorganisation ist bis jetzt von niemanden mit Beweisen belegt worden. Aufgrund dieser Einschätzung sind wir der Meinung, ist es durchaus legitim sich gegen die Verfolgung und Unterdrükkung der PKK Anhänger durch die Junta zu wenden.

SÜLEYMAN CIHAN-ERMORDET

Wie wir bereits in der Türkei im Kampf Nr.8 berichteten ist der Revolutionär Süleyman Cihan, führendes Mitglied der TKP/ML seit Monaten vermißt - der Verdacht lag sehr nahe, daß die faschistischen Sicherheitsbehörden ihn bereits seit längerer Zeit verhaftet haben und ihn seit seiner Verhaftung foltern, um Informationen und ein Geständnis zu erpressen. Da Süleyman Cihan ein bekannter Revolutionär ist, wollten sie ihr Vorgehn so lange wie möglich verheimlichen, um ihn völlig ungestört so lange zu quälen, bis er aussagt - oder aber, wenn er schweigt ihn lautlos zu ermorden.

Am 24.9. wurden die Sicherheitsbehörden aber faktisch gezwungen Stellung zu beziehen. In einem Prozeß in Istanbul, der gegen Anhänger der TKP/ML stattfand, brachte ein Angeklagter eine Anfrage ein, nach dem Verbleib seines Freundes S.Cihan. Der Genosse stellte fest, daß er ein Freund S.Cihans sei und dass es verschiedene Gerüchte gibt, daß Süleyman Cihan verhaftet worden ist. Er forderte von der Staatsanwaltschaft eine Aufklärung über das Verschwinden S.Cihans.

Der faschistische Staatsanwalt entgegnete auf diese Anfrage, daß die Sicherheitskräfte Süleyman Cihan höchstwahrscheinlich "tot festgenommen" haben. Die lapidare Feststellung, Süleyman Cihan sei "tot festgenommen" worden, bedeutet im Klartext, daß ihn die Faschisten ermordet haben. Die ganzen Umstände seines Verschwindens und das Schweigen der Sicherheitskräfte weisen darauf hin, daß sie Süleyman nicht "tot festgenommen" haben, sondern zu Tode gefoltert haben. Das tun die Faschisten, wenn sie keinen Erfolg bei ihren Folterungen haben, und sie einen Revolutionär durch die Folter nicht brechen konnten.

Das Komitee "Freiheit für die Türkei" und der westdeutsche Imperialismus

Am Samstag, dem 19. September fand um 14.00 Uhr in der Rhein-Ruhr-Halle in Duisburg-Hamborn eine Protestveranstaltung "Die Generäle und die Demokratie in der Türkei" des Komitees "Freihcit für die Türkei" (für wen soll diese Freiheit sein?) statt. Zu dieser Veranstaltung waren ungefähr 2000 - 2500 Teilnehmer aus ganz Westdeutschland gekommen.
Markenzeichen dieser Veranstaltung war, daß bekannte, populäre Demokraten als Aushängeschilder benutzt nutzt wurden. Die Veranstalter glauben wirklich, daß sie mit populären Demokraten, dieser Prominenz aus dem sogenannten linken Flügel der SPD erreichen können, daß die Türkei-Hilfe gestoppt werden kann. Sie vergessen dabei, daß sich diese Demokraten, wie z.B. Klaus Thüsing und andere, die sich zwar mit starken Worten gegen die Junta in der Türkei einsetzen, dies aber nur aus dem Grunde tun, um die eigenen Imperialisten aus der Schußlinie zu bringen. Die Mitgliedschaft z.B. der sogenannten "linken" SPD-Prominenz im Komitee dient unter anderem dem Zweck, Kritik an der Politik der SPD abzuschwächen und damit auch gleichzeitig die Kritik an der Großmachtspolitik des westdeutschen Imperialismus zu verhindern, die wesentlich von der SPD getragen wird.
Klaus Thüsing, der als Vertreter aus diesem sogenannten "linken Flügel" der SPD an dieser Veranstaltung teilnahm, ging in seinem Redebeitrag zunächst auf die Rolle der Junta in der Türkei ein. Dann erläuterte er, unter welchen Bedingungen die Türkei-Hilfe berechtigt ist. Er vertrat den Standpunkt, "daß die BRD auf antifaschistischer Grundlage und als Gegenstaat zum Faschismus aufgebaut wurde und daher die Verpflichtung hat, überall gegen Faschismus und Militärdiktaturen anzukämpfen. Entwicklungshilfe ist zu leisten, wenn:
a) "dadurch den unterdrückten Massen geholfen wird, was im Fall der Türkei jedoch nicht zutrifft".
b) "dadurch die Demokratie wieder zurückgeführt werden kann".
Interessant ist, daß gerade dieses Zitat aus der Rede von Thüsing weder auf der Veranstaltung ins türkische übersetzt, noch in "Emegin Sesi", worin alle Reden in vollem Wortlaut standen, abgedruckt wurde. Offenbar war ihnen das eine zu unverhüllte Werbung für den westdeutschen Imperialismus, die sie selbst ihren eigenen Anhängern nicht mehr als fortschrittlich hätten ausgeben können.
Abgesehen davon, daß Thüsing die BRD als antifaschistischen Staat, der mit seiner Entwicklungshilfe den unterdrückten Völkern hilft, hinstellen möchte - was angesichts der vielfältigen imperialistischen Aktivitäten des westdeutschen Staates unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe geradezu ein Hohn ist - macht Thüsing hier nichts anderes als Reklame für eine Türkei-Hilfe der BRD, allerdings unter einer weniger offenen terroristischen Regierung wie die jetzige Junta, bzw. ist für mehr Druck auf die Junta, daß sie die Demokratie zurückbringt.



In einer anderen Frage, wo es um das Verhältnis der Junta zum Kemalismus ging, vertraten zwei Initiatoren (Dyjardin, Belgischer Abgeordneter und Cebe, Vorsitzender der DIDIF, die Organisation aus der Türkei in Westdeutschland, die führend in dem Komitee ist, den gleichen ideologischen Standpunkt, nämlich "daß die Generäle den Namen Mustafa Kemal's als Deckmantel für ihre Politik benutzen, um die Arbeiterklasse zu unterdrücken.". So sagte Cebe weiter: "Sie haben nichts mit Atatürk zu tun, er kämpfte für die politische und nationale Unabhängigkeit der Türkei gegenüber den Imperialisten. Evren jedoch arbeitet mit den Imperialisten zusammen, und sein wahres Ziel ist, uns vor den Karren des Imperialismus zu spannen.' (Man müßte Cebe und die anderen fragen, ob sie wirklich glauben, daß das türkische Volk vor dem Machtantritt der Generäle nicht vor den Karren der Imperialisten gespannt war?)
Was die Einschätzung zum Kemalismus betrifft, muß man fragen, war Atatürk wirklich für eine nationale und politische Unabhängigkeit der Türkei von den Imperialisten, oder war es nicht vielmehr der Fall das die Kemalisten sich mit den Imperialisten gegen die sie anfänglich kämpften, verbündeten und die Türkei weiterhin vom Imperialismus abhängig blieb.
Kämpft jemand wirklich für eine nationale Unabhängigkeit, wenn er wie Atatürk, eine andere Nation, die ebenfalls im türkischen Staat lebt, in diesem Fall die Kurden und Armenier unterdrückt und ausrotten will. z.B. die Ereignisse von 1938 in Dersin,
Cebe, von dem man, da er der einzige Vertreter aus der Türkei war, eine Stellungnahme zur Lage der revolutionären Bewegung und der Lage in der Türkei erwartet hätte - ging mit keinem Wort darauf ein. Alles was ihm dazu einfiel war folgendes:
Cebe: "So gibt es Freunde, die sich nicht scheuten, weite km zurückzulegen, um bei uns zu sein. Das die Freunde da sind, bestärkt unsere Gewißheit, daß wir die Junta besiegen können."
Verantwortungsloser kann man den Kampf gegen die Junta, der schon viele Opfer gekostet hat und kosten wird, der ein zäher Kampf mit Siegen und Niederlagen ist und sein wird nicht verharmlosen.

M.Kiliarslan

LETZTE MELDUNGEN

DEUTSCHE STARFIGHTER FÜR DIE JUNTA

Der Vertreter der westdeutschen Botschaft für militärische Belange, Fromm hat bei einer Parade auf dem Militärflughafen von Ankara der Junta 4 F-104 Starfighter übergeben. Anfang November sollen 2 weitere übergeben werden.

TÜRKISCHE RUNDFUNK- UND FERNSEHGESELLSCHAFT WIRD VON "POLITISIERENDEN ELEMENTEN" GESÄUBERT"

Hunderten von Journalisten der TRT (türkische Rundfunk- und Fernsehgesellschaft) flatterten in den letzten Wochen "Beförderungen" auf den Schreibtisch. Dabei handelte es sich allerdings um eine mehr als merkwürdige Art der Beförderung:

- S.Altan, seit 22 Jahren Journalist der Nachrichtenredaktion der TRT wurde ins Ministerium für Straßenbau "befördert".
- M.Sahin, Kameramann beim Fernsehen in Ankara wird in das Direktorium für Meeresprodukte in Trabzon, Nordostanatolien "befördert".
- F.Öskay, Auslandsredakteur der TRT wird nach Amasya ins Wald- und Forstministerium "befördert".

Die Beförderung ist so durchschlagend, daß alle Journalisten gleich in wildfremde Arbeitsgebiete, für die sie keinerlei Qualifikation haben, versetzt werden.

Das ist eine wirklich neue Methode wie man unliebsame Journalisten loswird. Die Junta läßt sich wahrhaftig einiges einfallen, bei der totalen Säuberung der Medien von jeder nur im kleinsten Ansatz kritischen Auffassung.

Bislang sind von diesen Maßnahmen 62 Journalisten betroffen. Nach offiziellen Verlautbarungen soll es sich insgesamt um 200 Angehörige der TRT handeln, die auf diese Art und Weise "befördert" werden sollen.

Der Gesuchte Y. Güney

Mitte des letzten Monats wurde in den türkischen Tageszeitungen die Nachricht verbreitet, daß Yilmaz Güney von einem 5-tägigen Hafturlaub nicht ins Gefängnis zurückgekehrt sei.
Yilmaz Güney, der weit über die Türkei hinaus als revolutionärer Schriftsteller, Schauspieler, Regisseur und nicht zuletzt durch seine Filme "Die Hoffnung", "Der Freund", "Die Herde", usw. bekannt ist, war von den herrschenden Klassen der Türkei wegen angeblichen Mordes hinter Gitter gebracht worden. Auf Grund eines hohen Feiertages in der Türkei mußte man ihm wegen bisheriger guter Führung einige Tage Hafturlaub gewähren, da dies allen einfachen Kriminellen, als den man ihn versuchte hinzustellen, zustand.
Anfangs verbreiteten die Zeitungen das Gerücht, das Yilmaz Güney einem Mord zum Opfer gefallen sein könne, was den herrschenden Klassen wohl nur recht gewesen wäre, da man ihn trotz der hohen Gefängnisstrafen nicht zum Schweigen bringen konnte und er aus dem Gefängnis heraus mit seinen Filmen und dem Buch "Geschichten für meinen Sohn", gegen das faschistische System in der Türkei, gegen Unterdrückung und Ausbeutung ankämpfte.
Inzwischen verstärkt sich aber die Hoffnung, daß er außer Landes, wahrscheinlich in die Schweiz, geflohen ist.
So warnte die faschistische Junta auch gleich alle europäischen Länder Yilmaz Güney politisches Asyl zu gewähren, da er ein einfacher Krimineller und nicht politisch verfolgt sei.
Auf welch wackeligen Beinen diese Argumentation der Junta steht, zeigt allein die Tatsache, daß alle Werke von Yilmaz Güney von den Militärmachthabern verboten sind, zeigt die Tatsache, daß gegen ihn 6 verschiedene Gerichtsverfahren wegen kommunistischer Propaganda, Staatsverunglimpfung usw. von der Junta erneut aufgenommen worden sind. Wir hoffen und wünschen, daß sich Yilmaz Güney jetzt in Sicherheit befindet, er die Möglichkeit hat im Ausland zu bleiben, um so durch sein künstlerisches Werk den demokratischen und antifaschistischen Kampf für das Volk der Türkei noch besser fortführen zu können.



Die Junta bestätigt, daß Y.Güney die Türkei verlassen hat. "Hafta Sonu" eine türkische Bildzeitung berichtet großaufgemacht über die Flucht von Y.Güney und über Melike Demirag, die von der Junta ausgebürgert wurde. Vermischt werden diese beiden Meldungen mit der Meldung, daß ein bekannter Sänger aus der Türkei, ein Transvestit sich ebenfalls im Ausland aufhält und dort geheiratet hat. Der Zweck der Übung ist offensichtl ich. Anknüpfend an die Ressentiments der Volksmassen gegenüber Transvestiten, Homosexuellen etc. sollen Künstler wie Y.Güney und M.Demirag in ein Zwielicht gerückt werden.

Und die Schande der DKP....

Bekanntlich gab es ja zum Jahrestag des faschistischen Militärputsches in der Türkei nicht nur eine Demonstration in Duisburg. Auch in Dortmund fand eine Demonstration statt. Dort maschierten DKP und FIDEF. Diese Organisationen geben zwar vor "Solidarität mit den verfolgten Demokraten in der Türkei"zu üben (worunter die ausschließlich Mitglieder der TKP, der bürgerlichen Parteien sowie der DISK, die unter dem ideologischen Einfluß der TKP steht, jedoch nicht die Revolutionäre und Antiimperialisten verstehen), aber lehnen es ab, von einer faschistischen Junta zu sprechen. Die DKP will sich offenbar einmal mehr als Verteidiger der sozialimperialistischen Außenpolitik der Sowjetunion betätigen. Da neben den westlichen Imperialisten sich auch die russischen Sozialimperialisten beeilten den Machtantritt der Junta zu begrüssen, ließ es sich die DKP nicht nehmen dafür eine Rechtfertigung zu liefern. So führt sie in absurder Gedankenakrobatik folgendes aus:

> *"Zu einer bedingungslosen Unterordnung unter die US-Interessen ist jedoch nicht einmal die heutige Militärjunta in ihrer Gesamtheit bereit. Zwar gibt es innerhalb der herrschenden Kreise durchaus solche Kräfte, extrem reaktionäre Militärs mit profaschistischen Neigungen, direkte Handlanger des US-Imperialismus - doch bisher ist es ihnen nicht gelungen, jene realistischen Kräfte auszuschalten, die im Interesse von Wirtschaftsbeziehungen mit sozialistischen und arabischen Ländern sich einen gewissen Spielraum bewahren wollen."(UZ,8.9.81)*

Nun, es war Evren selbst, der betonte, daß die Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion ausgebaut und ein freundschaftliches Verhältnis zu diesem Nachbarstaat gefördert werden sollen. Dieser Oberfaschist, gehört demnach, laut DKP, nicht zu den faschistischen, bzw. vorsichtig wie sich die DKP auszudrücken pflegt, zu den "profaschistischen Kreisen" Denn er propagiert "Wirtschaftsbeziegungen zu den sozialistischen Staaten". Wie billig und zynisch ist diese Demagogie, die die Fortschrittlichkeit oder Rückständigkeit eines Regimes am Außenhandel definiert. Und das angesichts der Wirklichkeit der Folter, der Gefängnisse, des Terrors in den Fabriken und der miserablen Wirtschaftslage der Massen in der Türkei!



Ein Überblick über die gegenwärtige Lage und die taktischen Aufgaben der revolutionären und kommunistischen Bewegung im Iran

Aus "PEYKAR" Nr. 119 (Organ der Kampforganisation zur Befreiung der Arbeiterklasse - "PEYKAR") vom 22.09.1981

Übersetzt von der Union iranischer Studenten in der BRD und West - Berlin, Sympathisant der "PEYKAR"

Das Märchen von der Stabilität der islamischen Republik

"Der Iran ist eines der stabilsten Länder". Diese Behauptung Khomeinis ist nicht der Ausdruck der Wirklichkeit, sondern der Fieberphantasien eines Regimes, daß sich rapide seinem Sturz nähert. Wäre das Regime der islamischen Republik eines der stabilsten, so wäre es auf solch grausame, blutige Verbrechen und Unterdrückungsmaßnahmen, die innerhalb von zweiundhalb Monaten rund 1000 Menschen, darunter Kommunisten, Revolutionäre und andere fortschrittliche Menschen das Leben kosteten, nicht angewiesen. Das verhaßte Khomeini-Regime befindet sich in der Tat in einer sehr unsicheren Lage und ist demnach gezwungen, für sein schändliches Dasein und Überleben auf die allgemeine Anwendung der Folter, auf Massenerschießungen und grausame Morde zurückzugreifen. Ist das Stabilität odervöllige Labilität? Ein Blick auf die Verhältnisse in der Gesellschaft beantwortet diese grundlegende Frage.

Die Erschütterung und nahezu völlige Isolation des Regimes

Wie wir wissen,befindet sich die Wirtschaft Irans in einer beispiellosen und tiefgreifenden Krise. Rezession und planlose industrielle Produktion, Ruin der Landwirtschaft, ein erschreckendes Mißverhältnis zwischen Export und Import, Abnahme der Hafenkapazitäten, starke Verringerung der Erdöleinnahmen, rückläufige Devisenreserven, hohe Inflationsraten, Arbeitslosigkeit und andere wirtschaftliche Probleme sind klare Beweise dafür, daß die Wirtschaft des abhängigen, kapitalistischen Systems sich einer nicht mehr zu bewältigenden Krise gegenüber sieht.

Wenn wir die Tatsache betrachten, daß 77% des Jahreshaushaltes aus den Erdöleinnahmen stammen, was eine tägliche Förderung von 3,5 Millionen Faß notwendig macht und berücksichtigen, daß die jetztige Förderung unter einer Million Faß pro Tag liegt und eine nicht weiterfallende Tendenz aufweist, dann können wir den Umfang der Ratlosigkeit und der wirtschaftlichern Krise begreifen. Außerdem ist die Wirtschaft des iranischen Kapitalismus eine abhängige und aus diesem Grund sind ausländische Investitionen und der Verkauf von Erdöl an die imperialistischen Konzerne für sie lebensnotwendig. Da aber den Imperialisten wegen der steigenden revolutionären Tendenzen und der fehlenden Stabilität des Regimes die notwendige Sicherheit für ihre Investitionen fehlt, kündigen sie eine Reihe ihrer Verträge oder verschieben deren Durchführung. So z.B. gab das japanische Industrieministerium bekannt, daß sich 13 japanische Ölgesellschaften entschlossen haben, ihre Verträge zur Abnahme iranischer Erdölerzeugnisse, die Ende dieses Monats ablaufen, nicht mehr zu erneuern. Diese Gesellschaften nahmen auf Grund ihrer Verträge 230 tausend Faß Öl direkt von der iranischen Erdölgesellschaft NIOC ab(so die Tageszeitung "Etelaat" vom 06.09.1981). Diese Zeitung schreibt weiter:"Die japanische Industriegruppe Mitsui gab bekannt, daß die Zukunft des 3,6 Milliarden (Dollar) - Projekts zur Errichtung der petrochemischen Anlagen in Bandar Khomeini (Bandar = Hafen, Anm. des Übersetzers) wegen der gegenwärtigen Unsicherheit unklar ist". Die abhängige Wirtschaft des Regimes ist auf das Kapital des Weltimperialismus, dessen Fehlen sie begreiflicherweise in eine tiefe wirtschaftliche Krise stürzt und seine Lage noch undurchsichtiger macht, angewiesen. So wird deutlich daß sich das herrschende Regime in einer beispiellosen Krise befindet, über keine wirtschaftliche Stabilität verfügt und daß aus diesem Grund all seine Programme und Projekte gescheitert sind. Vier Millionen Arbeitslose, Inflation und verheerende Preissteigerungen, wachsende Ausbeutung und Armut der arbeitenden Massen sind Zeuge der Ausweglosigkeit und Krise des morschen wirtschaftlichen Systems und es ist unbestreitbar, daß die Krise des wirtschaftlichen Systems auch die des reaktionären Regimes der islamischen Republik ist. Und dies ist die unwiderlegbare Wirklichkeit, die Khomeini und andere Vertreter des Regimes sich zu vertuschen bemühen.

Natürlich beschränkt sich die Labilität des herrschenden Regimes nicht nur auf wirtschaftliches Gebiet. Ein Regime, daß den arbeitenden Massen nur Hunger, Armut, Terror und Erschießung anzubieten hat kann sich nicht ewig auf das blinde Vertrauen der Massen stützen. Wenn es zu Beginn, gestützt auf die Illusionen, den Aberglauben und die Unwissenheit der Massen deren nahezu vollständige Unterstützung gewinnen konnte, haben sie nach 2,5 Jahren erkannt, daß es nicht ihr Vertreter ist und deshalb entbehrt das Regime ihrer Unterstützung. Heute befindet sich das Regime der islamischen Republik gesellschaftlich fast völlig in der Isolation und wird nur noch von den unbewußten, rückständigsten Menschen unterstützt. Diese nahezu absolute Isolation stellt seine größte Gefahr dar und ist zugleich der schwerste Schlag gegen das verhaßte Regime der islamischen Republik und dessen konterrevolutionäre Führer. Die reaktionären Regimes können nur gestützt auf das unbewußte und blinde Vertrauen der Massen herrschen und sobald Wissen die Unwissenheit verdrängt, die Massen durch eigene Erfahrungen, durch Aufklärungsarbeit Bewußtsein erlangen und so dem Klassenregime ihr Vertrauen entziehen, fühlen sich die bürgerlichen Ausbeuter in die Enge getrieben und greifen zu blutigen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Revolution. Und so fühlt sich das Regime der islamischen Republik heute in die Enge getrieben. Es hat seine Anziehungskraft auf Millionen von Arbeitern und Bauern verloren, es kann nicht mehr auf die Unterstützung der bewußten Massen vertrauen und deshalb nahm seine Unfähigkeit beispiellose Ausmaße an. Obwohl die großen Massen, die dem Regime den Rücken zugewandthaben, sich gegenwärtig nicht um die Politik der proletarischen Demokratie, um die Mindestforderungen der Arbeiterklasse gesammelt haben, obwohl sie wegen der Schwäche der Kommunisten und des Fehlens eigener praktischer Erfahrungen noch nicht mit der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Politik gebrochen haben, erfahren sie doch nichts als Unterdrückung und Ausbeutung. Deshalb verweigern sie dem Khomeini-Regime ihre Unterstützung und bringen damit das Regime der islamischen Republik und dessen klerikale Führer in eine lebensbedrohliche Lage. Das Mißtrauen und der Haß der Massen gegen das Regime sind tief und der konkrete Ausdruck seiner Labilität. Die herrschende Bourgeoisie und der Henker Khomeini lügen, wenn sie von "Stabilität" sprechen, denn das Mißtrauen der Massen deutet auf ihre erschütterte Stellung hin. Das Regime kann sich nicht mehr auf die Millionenmassen stützen. Würden die Massen in der jetzigen Situation auf das Regime vertrauen, dann wäre seine Erschütterung und Labilität nicht so tiefgreifend, dann hätte es nicht zu geballten Unterdrückungsmaßnahmen gegriffen. Um der um sich greifenden Unzufriedenheit, dem grenzenlosen Haß der Massen und dem Klassenkampf entgegenzutreten, geriet es in eine ausweglose Lage und unterdrückt deshalb brutal die Revolution. Es befürchtet, daß sich der Zorn und der Haß der Massen in revolutionäres Wissen und Organisierung verwandeln und es wie eine Lawine hinwegfegen. Deshalb geht es gegen die Kommunisten und die Revolutionäre mit blutigen Angriffen vor, wodurch es seine ausweglose Lage beweist. Damit wird deutlich, daß je mehr sich die wirtschaftliche Krise vertieft, je mehr sich der Klassenkampf entwickelt und je mehr das Mißtrauen und der Haß der Massen zunimmt, die Erschütterung des Regimes umso tiefer wird.



Hinrichtung der Kurden im August 1979

Die Rolle des Terrors bei der verstärkten Erschütterung des Regimes

Neben den erwähnten grundlegenden Ursachen muß man einen anderen Faktor, der zur verwirrenden Lage des Regimes beiträgt, betrachten. Es handelt sich dabei um die Sprengstoffanschläge und den Terror, die die Modjahedin durchführen. Die Modjahedin, die in die Reihe der liberalen Linie getreten sind und das Programm und die Forderungen der liberalen Bourgeoisie und des Konterrevolutionärs Bani Sadr angenommen haben, betreiben zur Entmachtung der islamisch-republikanischen Partei eine anarchistisch-putschistische Politik und haben die Terrorisierung der verhaßten - wichtigen oder weniger wichtigen - Figuren des Regimes auf die Tagesordnung gestellt. Die Anschläge und der Terror ihrerseits haben eine deutliche und bemerkenswerte Wirkung auf die verstärkte Labilität des Regimes gehabt. Natürlich muß man sich von der bürgerlichen Anschauung, die das Schicksal von Personen mit dem Schicksal der Klassenregierung und der politischen Herrschaft gleichsetzt, distanzieren. Bani Sadr sagte vor kurzem: " Wenn fünf führende Persönlichkeiten des Regimes ermordet werden, dann geht das Khomeini-Regime unter." Dieser bürgerlichen Anschauung muß entgegengehalten werden, daß obwohl in einem politischen System gewisse Personen manchmal besonders wichtige Rollen innehaben, ihr Tod nicht gleichbedeutend mit dem Untergang des Systems ist.

Es ist natürlich möglich, daß infolge eines Putsches und des Terrors ein reaktionäres System gestürzt wird und ein anderes reaktionäres System an die Macht gelangt. Was wir hier diskutieren wollen ist, daß die Ermordung von Personen nicht zur Vernichtung eines bestimmten Systems führen kann. Dieses Problem wird besonders deutlich, wenn wir klarstellen, daß wir unter der Vernichtung des Systems den Sturz und die Zerstörung des Staatsapparates der herrschenden Bürokratie und Klasse verstehen. Selbstverständlich verwirrt die Ermordung hochrangiger konterrevolutionärer Elemente den Staatsapparat; das bedeutet aber nicht, daß damit gleichzeitig ein bestimmtes System stürzt, denn ein System der Klassenunterdrückung, also mit Staatsapparat und herrschender Bürokratie wird seine Aufgabe nach wie vor wahrnehmen. Das heißt, der Aufbau und die Verteidigung des Systems werden weitergeführt. Dieser Unterdrückungsapparat kann nur in einer wirklichen Revolution der Massen zerstört werden.

Was hier demnach zur Debatte steht ist die besondere Wirkung des Terrors und der Anschläge der Modjahedin auf die Verschärfung der Labilität des Regimes.Wie wir wissen verfügen die Unterdrückungsorgane der Bourgeoisie derzeit über keine einheitliche Ordnung, in ihnen herrschen Verwirrung und Unsicherheit. Da der Staatsapparat der Bourgeoisie insgesamt aus solchen Organen wie Armee und Polizei mit monarchistisch - liberalen Tendenzen einerseits und Pasdaran("Revolutions"gardisten - Anm. des Übersetzers), Komitees und faschistischen Gerichten mit klerikalen Tendenzen, d. h. I.R.P.-hörige Organe (I.R.P. = islamisch republikanische Partei, Anm. des Übersetzers) andererseits besteht, die die Revolution unterdrücken, bilden sie doch wegen ihrer verschiedenen ideologischen Klassenbesonderheiten in der jetzigen Lage keinen disziplinierten und einheitlichen Apparat. Deshalb verfügen die verschiedenen Unterdrückungsapparate nicht über eine koordinierte innere Einheitlichkeit, sondern sind von einer Art innerer Zersetzung befallen. Auf Grund der oben erwähnten Punkte verschonen die Modjahedin getreu dem Wesen ihrer politischen Linie Armee und Polizei und ihre Angriffe richten sich gegen die Pasdaran und Komitees (die Komitees sind die Zentralen der Falangisten in jedem Stadt-

viertel). Diese Politik verschärft automatisch die internen Differenzen der Unterdrückungsorgane und erhöht ihre Widersprüche. Denn ein Teil des Staatsapparates, d. h. die Armee und die Polizei stimmen auf Grund ihrer besonderen Neigungen nicht notwendigerweise mit dem Führungssystem der islamischen Republik überein und haben deshalb gewisse Auseinandersetzungen mit anderen Unterdrückungsorganen. Die Angriffe der Modjahedin auf die Pasdaran und Komitees verschärfen zusätzlich zu den bereits erwähnten Besonderheiten die Gegensätze innerhalb des Staatsapparates, was dazu führt, daß die Fähigkeit des Unterdrückungsapparates vermindert wird.

Ein anderer Aspekt dieses Terrors ist das Ausmaß der Ermordung prominenter Funktionäre des Regimes, und das Fehlen führender Köpfe der I.R.P. führt zu einer erhöhten inneren Labilität und ERschütterung des Regimes. Die Bourgeoisie benötigt, um herrschen zu können, führende Köpfe und qualifizierte Kader. Diese Führungskräfte entwerfen die Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik und haben eine wichtige Rolle bei der Führung und Herrschaft des politischen Systems inne. Das Regime der islamischen Republik leidet nachdem es die Liberalen aus der Regierung beseitigt hat unter einem beträchtlichen Mangel an erfahrenen Führungskräften und qualifizierten Kadern. Reaktionäre Führer wie Beheschti, Ayat und Bahonar hatten wichtige Rollen innerhalb der Führung des Regimes inne gehabt und es ist klar,daß ihre Ermordung gewisse Unregelmäßigkeiten und Erschütterungen des Regimes hervorgerufen hat. Der Ermordung prominenter Reaktionäre ist aber nicht die Zerstörung des Regimes gleichzusetzen. Die Bourgeoisie wird aber ohne Zweifel durch solche Anschläge in der Weiterführung ihrer Herrschaft geschwächt und ihre innere Unsicherheit verstärkt sich. Die aktiven Elemente des Regimes werden besonders durch die erfolgreichen und kompliziert durchgeführten wichtigen Anschläge verängstigt und verunsichert. Sie sehen täglich den Tod vor sich. Khomeini gibt, obwohl er die Stabilität des Regimes heuchelt, gleichzeitig seine Angst und die Wichtigkeit der Anschläge, die es getroffen haben, zu: "Was auch geschieht, es ist auf jeden Fall im Interesse des Islam und des islamischen Volkes, aber wir brauchen jeden von Euch. Dieses Land benötigt jeden von Euch. Geht einer von Euch, so ist es eine Katastrophe. Bei denen, die gegangen sind, war es eine Katastrophe, die gegen uns ausgenutzt wurde. Wenn wir gehen, wird es auch so sein. Aber wir dürfen nicht zulassen, daß so etwas geschieht." (Keyahan, 09.09.1981) Ja, für das Regime ist es eine "Katastrophe", wenn seine verhaßten Führer ermordet werden. Es ist ein schwerer Schlag. In Wirklichkeit werden durch diese Anschläge die inneren Widersprüche des Regimes erhöht, man mißtraut seinen Organen und seine Führungskräfte werden verängstigt. Und genau in diesem Zusammenhang äußerten sich seine Vertreter zu dem neuen Kabinett wie folgt:"Es scheint, als ob dieses Kabinett sich nicht auf der Erde sondern auf Minen bewegt." (Etelaat - 08.09.1981)

Diese Anschläge spielen eine bemerkenswerte Rolle, denn sie schwächen die Moral des Feindes und verursachen in seinen Reihen Unordnung und Verwirrung. Die I.R.P. hat, obwohl sie versuchte, die Liberalen aus den wichtigen Staatsorganen abzudrängen um die innere Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, wegen des fortgesetzten Klassenkampfes, der wirtschaftlichen und politischen Krise und der Besonderheiten und fehlenden Koordinierung bei der Zusammenarbeit zwischen Unterdrückungsorganen und letztlich wegen des verbreiteten Terrors der Modjahedin, keinen Erfolg gehabt. Gegenwärtig befindet sich das Regime in einer ausweglosen Lage. Es verfügt über keine politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität. Die Fundamente der Herrschaft der I.R.P. wurden rissig und eine allseitige Krise und allgemeines Chaos treffen das Regime in seiner Substanz. Wenn Khomeini sagt: "Der Iran ist eines der stabilsten Länder" und "Diese Anschläge beweisen die Stabilität Irans, wenn der Iran nicht stabil wäre, kämen sie nicht vor" (Etelaat - 08.09.1981) so ist dies nichts als Lüge und Heuchelei. In Wirklichkeit verstecken Khomeini und andere Herrschende hinter diesen Wörtern ihre Angst. Sie wissen genau, daß die Stabilität des Regimes nur ein Märchen ist. So aber lügen sie, um die Massen zu verdummen. Dies sind die Argumente des Regimes und des Verbrechers Khomeini, es sind die Argumente aller kapitalistischen Regimes und deren reaktionären Vertreter.

Die Aufgaben der Kommunisten

Zusammenfassend können wir sagen:
Das Regime der islamischen Republik befindet sich in einer enorm labilen Lage und in einer beispiellosen Krise, deren Ausmaß es nicht befähigt, sorglos weiter zu herrschen. Die alten Methoden der Bourgeoisie nützen in der augenblicklichen Lage nicht mehr und das Regime hat zu seinen letzten Waffen, d. h. zur brutalen Unterdrückung der Revolution, gegriffen. Anders ausgedrückt, spiegeln der verschärfte Terror, die Hinrichtungen und die Unterdrückung nur die Tatsache wieder, daß das Regime seinen Tod vor Augen hat und es deshalb als seine Hauptaufgabe betrachtet, die Massen und besonders die bewußte Avantgarde der fortschrittlichen Klassen brutal zu unterdrücken. Die Position des Proletariats gegenüber den herrschenden Verhältnissen ist sehr wichtig. Welche Aufgaben werden durch die Labilität des Regimes an die Kommunisten gestellt? Wie müssen die Kommunisten den zukünftigen Veränderungen entgegentreten? In "Peykar" Nr. 115 (22.08.1981) haben wir diese Aufgaben erklärt und wir werden hier noch einmal die wichtigsten Aufgaben zusammenfassend erwähnen.

1 Der grundlegende Punkt ist, daß die Schwankungen und die fehlende Stabilität des Regimes eine günstige Bedingung für die Entwicklung der Bewegung geschaffen haben. Der Zerfall und das Chaos innerhalb des Regimes vermindert seine Kraft und innere Disziplin und macht es, was die Ausdehnung der Revolution und die künftigen gesellschaftlich - politischen Entwicklungen betrifft, verwundbar. Die Kräfte des Feindes zerfallen immer mehr, seine Organe sind geschwächt, dies alles schuf günstige Bedingungen für die Entwicklung und Festigung der Revolution. Auch wenn der Feind, wegen seines Klassencharakters und auf Grund seiner Position die Unterdrückung brutal ausdehnt, müssen die Kommunisten die arbeitenden Massen organisieren und führen, ihr Kampfniveau erhöhen, den Zerfall des Regimes beschleunigen und den Klassenkampf, der den Sturz des verhaßten Regimes mit sich führt, vertiefen. Je gründlicher der Klassenkampf, je tiefer die Krise und der Zerfall des Regimes wird, desto näher ist sein Sturz. Es ist selbstverständlich, daß die Kommunisten nicht das Ziel haben, das Regime der Bourgeoisie zu schwächen, sondern es zu stürzen. Die Kommunisten müssen den Klassenkampf entwickeln und vorantreiben, die tödlichen Risse des Regimes vertiefen und es somit endgültig stürzen. Die revisionistischen und liberalen Ideologien lenken die Kampfesrichtung auf die Entmachtung der herrschenden Partei. Diese Strömungen wollen keine Revolution. Sie beabsichtigen nicht, die Bourgeoisie als herrschende, wirtschaftlich - politische Klasse zu beseitigen. Ihr Ziel ist die Vernichtung der"diktatorischen, herrschsüchtigen Partei", und um es zu erreichen wenden sie auch putschistische und abenteuerliche Methoden an. Demgegenüber führt die marxistische Denkweise den Klassenkampf dahin, die Bourgeoisie und das sie schützende Regime zu stürzen. Wir Kommunisten müssen uns bemühen, den Kampf so zu führen, daß der Sturz des Regimes mit der Errichtung der demokratischen Volksrepublik unter der Führung des Proletariats einher geht. Es ist klar, daß bei dem derzeitigen Kräfteverhältnis die Tendenz besteht, die politische Entwicklung zu Gunsten der liberal-bürgerlichen Alternative der Modjahedin zu ändern. Dies wird und darf aber an der Tatsache nichts ändern, daß die Kommunisten und bewußten Arbeiter ihre ganze Kraft auf den Sturz des Regimes und die Errichtung einer demokratischen Volksrepublik richten müssen. Unser endgültiges Ziel ist, den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Den Weg dahin müssen wir nach Kräften verkürzen. Wenn wir uns tatkräftig darum bemühen, den Sturz des Regimes mit der Errichtung einer demokratischen Volksrepublik (auch wenn man dies zur Zeit nicht in die Tat umsetzen kann) zu verbinden, tragen wir dazu bei, den Weg dahin zu verkürzen. Deshalb sollten wir, indem wir gleichzeitig die passiven und rechten Anschauungen entlarven, den Aufstand vorbereiten und vorantreiben und zu einer Zeit, in der das Regime sich beträchtlichen Schwierigkeiten und dem Zerfall der staatlichen Ordnung gegenüber sieht, den Klassenkampf beschleunigt entwickeln.

2 Wir betonen die demokratische Volksrepublik als eine Alternative und Grundlage, die es notwendig macht, sich gegen alle konterrevolutionären Alternativen abzugrenzen. Die einzige Alternative, die wirklich von Dauer und befähigt ist, den Weg zum Sozialismus zu ebnen, ist die demokratische Volksrepublik. Die Opportunisten, die die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse wegen ihren eigenen, momentanen vergessen und auf die leichter erreichbare Alternative vertrauen, stellen die Tatsache so hin, daß die Alternative Bani Sadr - Modjahedin den Sturz des Regimes beschleunigte. In Wirklichkeit aber schieben sie nur die Revolution hinaus, wenn sie die Anschauung der arbeitenden Massen zu der liberalen Alternative der Modjahedin ablehnen. Die Kommunisten handeln nicht um ihre Prinzipien mit der Bourgeoisie, die durch die Revolution gestürzt werden muß. Die Kommunisten verneinen und verurteilen die Alternative der Modjahedin und der Liberalen, sie würden, indem sie sie akzeptierten, die Versklavung des Proletariats besiegeln und die Revolution auf dem Altar der Bourgeoisie opfern. Der Zerfall des Regimes und sein bald möglicher Sturz dürfen uns nicht von unserem Ziel, d. h. der demokratischen Volksrepublik abbringen (obwohl sie derzeit nicht durchführbar wäre). Das bewußte Proletariat und die wahren Marxisten - Leninisten werden dieses Ziel permanent verfolgen. Ihre Parolen "Nieder mit dem reaktionären Regime der islamischen Republik" und "Für die Errichtung der demokratischen Volksrepublik" werden an die oberste Stelle der derzeitigen Aufgaben treten.

3 Das Chaos und der allmähliche Zerfall des Regimes auf der einen Seite und der Aufschwung der Massenbewegung auf der anderen werden uns sicherlich vor schnelle und plötzlich auftretende Entwicklungen stellen. Obwohl die Revolution heute durch die Hinrichtungen, die Unterdrückung und die Diktatur vorläufig zurück gedrängt wurde, sammelt sie doch neue Kräfte und bereitet sich auf die Zukunft vor. Dieser vorläufige Rückzug wird sich bald zu Gunsten eines neuen, breiten Angriffs ändern. Obwohl die Massenbewegung auch in der Vergangenheit zeitweise wegen der Illusionen und der Unwissenheit der Massen im allgemeinen Rückschläge erlitt, wie es sich z. B. während der Botschaftsbesetzung ereignete und zu Beginn des irakisch - iranischen Krieges der Fall war, beruhen aber dieses Mal die Rückschläge nicht auf den Illusionen der Massen, sondern sie werden durch den verstärkten Terror und die Unterdrückung verursacht. Die Revolution nimmt aber auf Grund der subjektiven und objektiven Bedingungen, dem Terror und der Unterdrückung zum Trotz einen Aufschwung, der dieses Mal tiefer sein und eine größere Beständigkeit besitzen wird, denn sie wird sich auf dem Boden einer schwarzen Diktatur entzünden. Die immer tiefer werdende Erschütterung des Regimes und die Aktivitäten der Modjahedin fordern uns dazu auf, die bewußten Kräfte auf die Revolution vorzubereiten.
Es wird unbedingt nötig sich darauf politisch, ideologisch und theoretisch wie auch organisatorisch und militärisch vorzubereiten. In den Tagen des breiten Aufschwungs der revolutionären Bewegung, der zügigen und plötzlichen Entwicklungen laufen die Ereignisse so rasch ab, daß jeder Stillstand und Zeitverlust tödlich sein werden. Die wissenschaftliche Analyse der komplizierten Lage, zügiges Handeln, taktische Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an die sich ständig ändernde Situation sind die unabdingbaren Bedingungen, deren Mißachtung uns zum Stillstand bringen und lahmlegen wird. So wie es eine Tatsache ist, daß die Labilität des Regimes große Ausmaße angenommen hat, daß es immer mehr erschüttert wird und daß die Revolution einen breiten Aufschwung erfahren wird, muß man sich mit aller Kraft auf diese nahe Zukunft vorbereiten!

Messestand gestürmt

Im Rahmen der alljährlichen Frankfurter Buchmesse gelang etwa 100 fortschrittlichen iranischen Studenten eine sehr öffentlichkeitswirksame Protestaktion gegen das reaktionäre Khomeini-Regime.

Auftakt war die Besetzung des Messestands des iranischen "Staatsverlags für intellektuelle Entwicklung", was in der korrekteren Übersetzung wohl eher Verlag für "Gehirnerweichung und obskurantistische Verdummung" heißen müßte. Schwerpunktthema dieses Standes war ausgerechnet die iranische Kinderliteratur! Die Eltern der Schulmädchen zwischen 9 und 16 Jahren, die auf Grund ihrer Teilnahme an einer Demonstration erschossen wurden, weil sie gegenüber Ayatollah Gilani "zu frech" waren, bedanken sich beim Khomeini-Regime für soviel "Zuwendung" zum iranischen Kind!

Nun hätte, erfahrungshalber, eigentlich folgendes kommen müssen: Aufmarsch der Polizei, Knüppeleinsatz, Verhaftungen usw., wie man es ja schon gewohnt ist. Aber nichts dergleichen geschah, denn die Messeleitung hatte es-wohl weniger aus demokratischer Gesinnung heraus, als um ruhigen Ablauf und liberalen Touch besorgtvorgezogen, ein Kompromißangebot zu unterbreiten: den iranischen Freunden wurde,- allerdings auf einer anderen Etage,- ein eigener Stand angeboten, unter der Auflage, friedlich abzuziehen, und sich nicht mehr auf der Etage, auf dem sich der iranische Stand befand, sehen zu lassen. Auf dem übrigen Messegelände wurde volle Bewegungsfreiheit und Agitations- und Propagandafreiheit zugestanden. Die iranischen Freunde formierten sich dann zu einer kleinen Demo zu ihrem Stand, und erklärten, dort angelangt, sogleich den Beginn eines Hungerstreiks bis zum Ende der Buchmesse.

Vom im folgenden abgedruckten "Apell" wurden bei dieser Aktion binnen einer Stunde 7 000 Stück verteilt. Dies verdeutlicht das Interesse und die Aufgeschlossenheit, die ein Großteil der Messebesucher unseren Freunden entgegenbrachten.

Beendet wurde die Aktion am Sonntag durch eine Demonstration durch die Buchmessestraße an der sich 150 vorwiegend iranische Demonstranten beteiligten.

Appell an alle Demokraten und Antifaschisten!

Wir sind heute hier versammelt, um den Anwesenden die Frage zu stellen, wie lange die öffentlichen Medien, demokratischen Persönlichkeiten, noch tatenlos dem barbarischen Khomeiny-Regime im Iran zusehen wollen.
Die reaktionäre islamische Republik kennt in der Verfolgung ihrer Gegner kein Maß mehr. Für sie gilt es, jeden zu liquidieren, der ihre mittelalterliche Gewaltherrschaft ablehnt – darunter auch Intellektuelle, Dichter, Schriftsteller, Künstler, die ihrer Repression ausgesetzt sind. Bücherverbrennung, Verfolgung der Schriftsteller und Künstler, sowie die Hinrichtung des Mitgliedes des Exekutivrates des Iranischen Schriftstellerverbandes, Said

Soltan-Por, sind Maßnahmen, wie sie schon die faschistische Hitler-Diktatur gegenüber oppositionellen Kräften anwandte. Die blutige Bilanz dieser Regierung weist jedoch noch andere Posten auf: über 3 000 Freiheitskämpfer, Demokraten und revolutionäre Kräfte wurden in den vergangenen Monaten verurteilt und hingerichtet — nach sehr kurzen, zum Teil nur Minuten dauernden Prozessen. Die Chance einer fairen Verhandlung gab es dabei nicht.

Auch bereits zu Haftstrafen Verurteilte und Verletzte, die gar nicht mehr ins Krankenhaus gebracht werden durfen, sind vor den Todeskommandos (Revolutionsgardisten) nicht sicher. Die Zahl der politischen Gefangenen beläuft sich auf ca. 12 000. Viele von ihnen sterben unter der Folter oder werden willkürlich ausgewählt und erschossen. Unter den Opfern befinden sich auch zahlreiche 9 - 12jährige Kinder.

Khomeiny fordert die Bevölkerung auf, jeden zu denunzieren, der möglicherweise der Opposition angehört. Die Tudeh-Partei (Bruderpartei der DKP) ist stolz darauf, dieser Aufforderung tatkräftig Folge zu leisten. In einem Interview mit afp vom 30.7.81 erklärte der Generalsekretär dieser Partei, Kianori:

„Man solle die Führer der Mujahedin hinrichten. Den einfachen Mitgliedern dieser Organisation solle aber die Chance gegeben werden, sich durch Umerziehung in Arbeitslagern zu bewähren". (Zitat)

Seit über einem Jahr befindet sich das Land in einem reaktionären Krieg mit dem Irak, dessen Folge für beide Völker katastrophal sind: auf beiden Seiten tausende Tote und Verletzte, 2 Mio. Flüchtlinge, zerstörte Industrieanlagen und Ölfelder, Lebensmittelknappheit, eine schwindelerregende Inflationsrate, Landwirtschaft und andere Produktionsbereiche liegen still. Allein im Iran gibt es über 4 Mio. Arbeitslose. Ethnische und religiöse Minderheiten sowie die Frauen sind jeglicher Rechte beraubt und werden brutal unterdrückt. Der Massenmord an den Kurden, die Bombardierung ihrer Städte und Dörfer, die Zerschlagung der Selbstverwaltung der Turkmenen sind neben der Schließung der Universitäten Maßnahmen, die noch auf das Konto des derzeit in Ungnade gefallenen Ex-Präsidenten Bani-Sadr gehen.

Obwohl die islamische Republik fortwährend lautstark ihre "antiimperialistische Politik" proklamiert, ist in Wirklichkeit die kapitalistische Struktur im Iran bestehen geblieben. Die während des Volksaufstandes teilweise zerschlagenen Strukturen der alten Gesellschaft versucht diese Regierung wieder aufzubauen und unterwirft damit das Land weiterhin imperialistischer Ausbeutung.

Wir wollen mit unserer Aktion die demokratische Öffentlichkeit auf die unmenschlichen Verhältnisse im Iran aufmerksam machen. Wir appellieren an die Teilnehmer dieser Buchmesse, insbesondere an die hier anwesenden fortschrittlichen Dichter und Schriftsteller, nicht tatenlos Zeuge dieses verbrecherischen Regimes zu sein! Wir fordern Sie auf, alle jene Regierungen zu verurteilen, die weiterhin in irgendeiner Form diese Diktatur unterstützen!

Koordinationskomitee forschrittlicher iranischer Studenten, Frankfurt

Afghanistansolidarität und die Linke



Bereits in TIK 9 berichteten wir über die, auf Initiative der GUAFS, seit Ende August laufenden Vorbereitungen zur Herstellung einer Aktionseinheit, mit dem Ziel der Durchführung einer Demonstration anläßlich des Breshnewbesuchs vom 22. - 25. Nov.

Zu diesem Zweck wurde in mehreren Treffen die von GUAFS vorgelegte Plattform diskutiert und präzisiert. Diese Plattform nimmt Stellung:

-- gegen Weltimperialismus und Weltreaktion
-- gegen die Kriegsvorbereitungen sämtlicher Imperialisten und die heute bereits in verschiedenen Teilen der Welt geführten lokalen ungerechten Kriege
-- gegen die Besetzung Afghanistans durch die russischen Sozialimperialisten, gegen ihr Handlangerregime
-- gegen die westlichen Imperialisten und ihre Verbündeten in Afghanistan, d.h. die reaktionären islamistischen Organisationen, die in den Flüchtlingslagern in Pakistan und dem Iran sitzen
-- gegen den EG-Plan zu Afghanistan und die Pläne der westlichen Imperialisten und der russischen Sozialimperialisten, Afghanistan unter sich aufzuteilen
-- für die Unterstützung des nationalen Befreiungskrieges des afghanischen Volkes

Nach dem letzten Stand der Dinge unterstützen folgende Organisationen den Aufruf: GUAFS, Sympathisanten der PEYKAR, Wahrheit/Siegen, die beiden Organisationen der seit Frühjahr dieses Jahres gespaltenen ATIF, DHB, Gegen die Strömung, Fight back, Antiimperialistisches Komitee Frankfurt.

Aktionseinheitsverhandlungen sollen keine Geheimverhandlungen sein, darüber hinaus haben auf diesen Verhandlungen einige wichtige Auseinandersetzungen stattgefunden, die die Lage in der Linken widerspiegeln. Deshalb hier ein zusammenfassender Bericht.

DESINTERESSE UND POLITISCHE VERANTWORTUNGSLOSIGKEIT BEI VIELEN ORGANISATIONEN

Zunächst aber müssen wir noch einmal auf jene Organisationen und Zeitungen zurückkommen, mit denen leider keine Auseinandersetzung möglich war, da sie gar nicht erst erschienen sind. Das sind 31 von 40, und das trotz 5-maliger Einladung. Dies trifft auf Organisationen zu wie: KPD, KABD, KB, Arbeiterbund, Dev Yol, Fedajin Guerrilla u.a. Die Stellungnahme der GUAFS hierzu findet unsere volle Unterstützung: "Dieses Verhalten kann nicht anders als ignorant und politisch verantwortungslos bezeichnet werden.

Im Interesse des Voranschreitens der antiimperialistischen Bewegung werden wir diese über dieses Verhalten aufklären, unsere Meinung darüber öffentlich bekannt machen. In diesem Zusammenhang wird die GUAFS eine Liste all der Organisationen veröffentlichen, die unsere Einladung permanent ignoriert haben." (Rundschreiben 17. 10. 81)

Gesondert erwähnt sei hier nur noch die KPD, die zu einer eigenen Initiative, u.a. "gegen das gefährliche Großmachtstreben, die Aggressions und Aufrüstungspolitik der SU" aufgerufen hat. Wohlgemerkt, die Einladung der GUAFS wurde ignoriert, statt dessen wurden ausschließlich "alle Organisationen, die die Bonner Friedensdemo unterstützt haben", aufgerufen. (Witz am Rande: dazu gehört auch die DKP) Als positiv wurde dabei ausdrücklich die Initiative der Grünen etc. hervorgehoben. Wir verweisen auf unsere Kritik an der Rechtslastigkeit des Aufrufs der Grünen, auf seinen reaktionären Pazifismus, seine Verschweigung des westdeutschen Imperialismus usw.. Hier sei nur so viel gesagt: "Zeige mir, mit wem du gehst, und ich sage dir, wer du bist." Die KPD hat sich mit diesem Vorgehen erneut von den Revolutionären distanziert und gezeigt, in welchem Lager sie steht.

NICHT EINHEIT, SONDERN KAMPF GEGEN DIE REAKTIONÄREN, ISLAMISTISCHEN ORGANISATIONEN!

Zu einem Treff waren auch Vertreter einer "Kambodscha Initiative" erschienen. Diesen war vor allem eine Passage der Plattform ein Dorn im Auge, in der die reaktionären afghanischen, islamistischen Organisationen eindeutig als Feinde der Revolution bezeichnet werden. Demgegenüber wollten sie diese Organisationen als "Verbündete" verstanden wissen, da auch sie "gegen den russischen Sozialimperialismus kämpfen". Mit einer solchen, übrigens typischen 3 - Welten-Theorie These, fanden sie aber wenig Zustimmung. Es wurde detailliert nachgewiesen, daß diese Gruppierungen den Kampf des afghanischen Volkes lediglich ausnutzen, um ihn für ihre eigenen, reaktionären Klasseninteressen auszunutzen. Es handelt sich bei den meisten islamistischen Organisationen (Ausnahmen weiter unten) um Vertreter der afghanischen Großgrundbesitzer und Agenten der westlichen Imperialisten und den chinesischen Reaktionären. Es ist bekannt, daß der hauptsächliche Kampf dieser Reaktionäre gegen die demokratischen Bestrebungen der antiimperialistischen Volksmassen gerichtet ist. Diese also zu Freunden zu erklären bedeutet, den Kampf gegen jeglichen Imperialismus, für Demokratie und wirklichen Fortschritt, und weitergehend den Kampf um Sozialismus zu ersticken, und ihn zu einem Anhängsel der verschiedenen Fraktionen der afghanischen reaktionären Klassen zu machen. Nachdem die Vertreter der "Kambodscha Initiative" mit ihrer Linie abgeblitzt waren, erklärten sie ihren Austritt aus den Verhandlungen. Das ersparte ihren Ausschluß, denn wer sich so offensichtlich an die Seite der Reaktion stellt, für den ist sowieso kein Platz in der antiimperialistischen Bewegung.

Dieser Kampf war ein wichtiger Kampf, er deckt sich mit den internationalen Auseinandersetzungen über den Charakter islamistischer Bewegungen, die im Kielwasser der antiimperialistischen Kämpfe der unterdrückten Völker schwimmend eine "Alternative" anbieten. Ein Lehrstück dieses mittelalterlichen Obskurantismus liefert das islamische Regime im Iran. Die gleichen Bestrebungen verfolgen die afghanischen Moslembrüderschaften.

In der weiteren Diskussion um diese Frage wurde herausgestellt, und das wird auch in der Plattform betont, daß nicht alle Gruppen, die sich auf den Islam berufen, konterrevolutionär sind. Bewaffnete Frontorganisationen, die sich auf den Islam berufen, die aber nicht mit den westlichen Imperialisten verbunden sind, und auch gegen die westlichen Imperialisten Stellung beziehen, die

(Fortsetzung v. S. 13)
nicht mit dem fanatischen Antikommunismus der Moslembrüderschaften übereinstimmen, und der demokratischen Organisation des nationalen Befreiungskampfes nicht mit Terror begegnen, gibt es in Afghanistan auch. Man muß diese Gruppierungen genau nach diesen Kriterien beurteilen, und darf ihren Platz im Kampf des afghanischen Volkes nicht leugnen.

ATIF (DUISBURG): ERPRESSERISCH UND AN DER SACHE SELBST DESINTERESSIERT

Wie erwähnt, waren auf den Verhandlungen beide Teile der heute gespaltenen ATIF zugegen. Für die anwesenden Organisationen, einschließlich der GUAFS, war dies kein Hindernis für die Herstellung der antiimperialistischen Aktionseinheit. GUAFS erklärt beide Organisationen für antiimperialistisch, und behält sich eine konkrete Einschätzung der Spaltung vor, bis dieses Problem eingehend in den eigenen Reihen diskutiert ist.

Was die Unterzeichnung des Aufrufs durch die ATIF (Duisburg) betrifft, so gibt es hier eine Vorgeschichte, die ein bezeichnendes Licht auf diese Organisation wirft. Noch auf dem 4. Treff hatte sie nämlich eine Unterzeichnung der Plattform abgelehnt. Gab es etwa Kritiken am Plattformentwurf, ging es ihr also um die Qualität der Agitation und Propaganda, die gemeinsam betrieben werden sollte? Aber keineswegs. Die Vertreter der ATIF (D) hatten nicht nur keine einzige Kritik daran vorgebracht, sie haben sich auch in die inhaltliche, politische Diskussion darüber kein einziges mal eingeschaltet.

Worum ging es also? Während alle übrigen anwesenden Organisationen die Notwendigkeit der Aktionseinheit ALLER antiimperialisten und Antifaschisten, über tiefgehende politische Differenzen hinweg, betonten, zwangen die ATIF (D) Vertreter den Anwesenden eine unsinnige politische Diskussion über die Notwendigkeit der Anerkennung ihrer Organisation als einzig rechtmäßige ATIF durch GUAFS auf. Dies führte schließlich dazu, daß auf dem 3. Treff das erpresserische Ultimatum gestellt wurde: entweder ihr erkennt uns als einzig rechtmäßige ATIF an, oder wir unterstützen die Plattform nicht. Auf die Frage hin, ob sie die Plattform denn überhaupt gelesen hätten, kam die Antwort: "dazu haben wir keine Zeit gehabt!" Erst auf dem 5.Treff wurde dieses Ultimatum Kommentarlos rückgängig gemacht. Aufklärung über diesen Sinneswandel erhielt man jedoch nicht.

Angesichts dieser erpresserischen Haltung wurde deutlich, wie wenig ihnen an der Sache der antiimperialistischen Aktion selbst lag; angesichts solcher Methoden - ohne ernstlich den Versuch zu machen, durch Argumente zu überzeugen - wurde klar, wie dieser aus der ATIF ausgeschlossene Teil abgewirtschaftet hat, und wie weit er sich bereits von den guten, revolutionären Traditionen der ATIF entfernt hat. Mit ihrer Vorgehensweise haben diese Leute das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten, denn sie hat ihnen nur Ablehnung eingebracht.

KÄMPFT DAS AFGHANISCHE VOLK GEGEN DEN SOZIALISMUS?

Da die Gespräche lange Zeit durch diese aufgezwungene Debatte blockiert wurden, kam die ideologisch - politische Diskussion über den Plattformentwurf leider zu kurz. Aufschlußreich war die Diskussion über eine Stelle im Plattformentwurf, in der es hieß: "Das afghanische Volk kämpft nicht gegen die wirkliche Freiheit und den Sozialismus."
Hier wurde zunächst gesagt, daß dies natürlich insofern eine richtige Aussage ist, als die Zielscheibe des nationalen Befreiungskampfes logischerweise nicht ein wirklich sozialistisches Land ist, sondern die heutige SU, d. h. ein entartetes sozialistisches Land, in dem der Kapitalismus restauriert wurde, und das sich auf diesem Weg in eine imperialistische Großmacht verwandelt hat. Genau hier aber beginnen die Probleme. Durch die Entartung der großen Mehrzahl der ehemals sozialistischen Länder nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956, und nun auch durch die Entartung der VR China nach dem Tod Mao Tsetungs, hat der Antikommunismus der Bourgeoisie einen gewaltigen Auftrieb bekommen. Für die Bourgeoisie entstand die Möglichkeit, alle negativen, krisenhaften Erscheinungen des entarteten Sozialismus der wirklichen Perspektive des Sozialismus und der gegen den Verrat der Chruschtschow - Breshnew - Revisionisten kämpfenden, kommunistischen Weltbewegung anzuhängen. Auf Grund dieser Propaganda hat insbesondere der Einmarsch der SU in Afghanistan dazu geführt, daß heute der Großteil des afghanischen Volkes denkt, es kämpfe tatsächlich gegen Sozialismus und Kommunismus, was real ja gar nicht der Fall ist. Dieser tief verwurzelte Antikommunismus stellt ein riesiges Problem für



Das Bild zeigt die afghanischen Freiheitskämpfer in den Bergen von Afghanistan, die sich mit anderen Kämpfergruppen verständigen.

den nationalen Befreiungskampf, und ein sehr großes Plus für die reaktionären Klassen in Afghanistan dar. Es muß jedoch betont werden, daß die Hauptverantwortung dafür die KPdSU und die SU selbst trifft, denn sie spielten der Reaktion ja erst die entscheidenden Trümpfe in die Hände!

Wenn allerdings die übergroße Mehrheit des Volkes in der antikommunistischen Ideologie befangen ist, so hebt dies den gerechten, zu unterstützenden Charakter des nationalen Befreiungskampfes keineswegs auf. Die klassenmäßige Trennungslinie zuwischen Revolution und Konterrevolution verläuft dort, wo der Befreiungskampf unmittelbar unter Kontrolle und Regie der mit dem Westen verbundenen, reaktionären, islamistischen Organisationen stattfindet. Dies ist jedoch nur bei einem kleinen Sektor der Fall, überwiegend ist der Widerstand spontan. Die klassenmäßige Trennungslinie verläuft ferner zwischen den Kräften, die eine demokratische Organisation des Befreiungskampfes unterstützen oder zulassen einerseits, und den Kräften, die alle demokratischen Regungen mit Unterdrückung beantworten, andererseits. So verläuft die Linie zwischen Feinden und Kräften der Revolution, zwischen gerechtem und ungerechten Krieg, obwohl festzustellen ist, daß die antikommunistische Ideologie weit in das Lager des gerechten Krieges hineinreicht. Dies stellt die Demokraten und Kommunisten vor die sehr schwierige und langwierige Aufgabe, jede noch so kleine demokratische Errungenschaft vorsichtig zu entwickeln, und die so entstandenen Möglichkeiten zu nutzen, um das Unterscheidungsvermögen zwischen der SU Stalins und der imperialistischen SU Breshnews, zwischen wirklichen Kommunisten und imperialistischen Söldnern zu erhöhen.

DIE FRAGE DER TEILNAHME AN DER DEMO DER GRÜNEN UND ANDERER

Eine wichtige Debatte entstand auf den letzten beiden Sitzungen über den vorschlag, keine eigene Demonstration wie ursprünglich beabsichtigt, durchzuführen, sondern sichin einem revolutionaren Bloch der Demo der Grünen am 22.11.81 in Bonn anzuschließen. Das Ergebnis der Debatte war, daß GUAFS, PARTIZAN, ATIF, ATIF (DUISB.), WAHRHEIT/SIEGEN, FIGHT BACK, DHB, der Meinung waren, daß man mit den Grünen mitdemonstrieren sollte, jedoch bei Freiheit der Agitation und Propaganda. Die Gründe hierfür lassen sich kurz zusammenfassen:

- Die Plattform der Grünen ist zwar schlecht, doch haben wir die Möglichkeit mit unserer eigenen Plattform aufzutreten.
- Eine weiter Demo an diesem Tag ist verwirrend.
- Es demonstrieren bei den Grünen viele fortschrittliche Organisationen.
- Man darf sich davon nicht isolieren.

Dem widersprachen die Sympatisanten von PEYKAR, GDS, und das Antiimperialistische Komitee Ffm., mit folgenden Argumenten:

- Die Plattform der Grünen begrüßt die Gespräche von Breshnew und Schmidt.
- Wie müssen eine revolutionäre Perspektive in Form einer eigenen Demo bieten.
- Man hängt sich an die bourgeoisen Grünen obwohl man selbst in der Lage ist eine eigene Demo zu machen.
- Die Grünen sind ideologisch besonders gefährlich, da sie für die Bourgeoisie den antiimperialistische und antifaschistische Bewegung kanalisieren.
- Gerade bei einer Demo zu Afghanistan ist es wichtig sich von jeder proimperialistischen Strömung schärfstens zu distanzieren.

Zusammengefaßt heißt das: Es unterstützen zwar alle Organisationen diese Plattform, jedoch rufen das Antiimperialistische Komitee Frankfurt und Gegen die Strömung nicht zur Teilnahme an der Demo der "Grünen" auf. Nach dem neuesten Stand der Dinge schließt sich Peykar nun doch der Demo an.

Um die Kritik an der Plattform der Grünen zu dokumentieren, drucken wir auf der letzten Seite eine Stellungnahme des Antiimperialistischen Komitees Frankfurt ab. Die Redaktion wird in der nächsten Nummer zu dieser Auseinandersetzung ausführlich Stellung nehmen, im Rahmen der Berichterstattung über die Breshnew-Demo.



Das ist ein Beispiel von der "brüderlichen" Hilfe der russischen Aggressoren in Afghanistan

DIE BODENREFORM

Die 'größte Errungenschaft' des Statthalterregimes

(Anm. d. Red.: diesen Artikel entnahmen wir der Zeitung "GUAFS", Nr. 6, 1980. Diese Zeitung erscheint heute unter dem Namen "Afghanistan Echo".

Seit April 1978 rühmten die pro-sowjetischen Regimes in Afghanistan ihre sog. "Bodenreform", die sie angeblich in Afghanistan durchgeführt haben sollen. Jedem logisch denkenden Menschen war es von Anfang an klar, daß das eingesetzte und von Massen isolierte Regime nicht die Voraussetzung dazu besaß, Änderungen in der ökonomischen Formation Afghanistans herbeizuführen. Die "Bodenreform" des Regimes, die einen Deckmantel für den Versuch darstellen sollte, Afghanistan in das sowjetische Wirtschaftssystem einzuverleiben, ist auch nach Angaben des Regimes gescheitert. Eine wahre Bodenreform, die die Losung: "Das Land gehört dem, der es bebaut!" verwirklicht (und nicht mißbraucht) ist in der Tat ein Fortschritt. Denn sie entspricht, besonders in einem Land, wie Afghanistan, den Interessen der armen Bauern. Wie kann eine Bodenreform in einem solchen Land durchgeführt werden? In Ländern mit halbkolonial-halbfeudalem System ist die Bodenreform Bestandteil einer gesellschaftlichen Revolution. Halbkolonial-halbfeudal bedeutet, daß sich im Lande neben feudalen Verhältnissen ein damit gekoppelter und von einem oder mehreren imperialistischen Mächten abhängiger Handelskapitalismus herausgebildet hat. Die Bodenreform ist also nicht eine Reform im Sinne einer Verbesserung; sie beinhaltet nur eine Transformation lediglich eines Teils des gesamten halbkolonial-halbfeudalen Systems. Diese Reform kann aber nicht isoliert geschehen, sondern muß den anderen Systemteil mit einbeziehen. Insofern ist die Bodenreform Bestandteil einer gesellschaftlichen Revolution, an der verschiedene, einander entgegengesetzte Klassen sowie Schichten der Bevölkerung beteiligt sind. Sie kann nicht in Form einer bloßen Machtübernahme durch das ausländische und inländische Militär erfolgen. Diese "Revolution", welche die Hebung der sozioökonomischen Formation auf eine neue Stufe zum Ziel hat, kann nur erfolgreich sein, wenn sie von breiten Massen der Werktätigen getragen wird. Erst dann kann man von einer wirklichen Revolution sprechen. Das bedeutet: eine gesellschaftliche Organisation, die beansprucht, eine solche Revolution durchzuführen und dabei eine Bodenreform miteinschließen will, muß :

1.) die Mehrheit der Bevölkerung, also die breiten Massen hinter sich haben und
2.) diese Massen für die angestrebte Revolution gewonnen haben, d.h. die Massen müssen über Sinn, Zweck und Ziel der Revolution Bescheid wissen.

Das die "Chalk" und Partscham-Cliquen diese Voraussetzungen auf keinen Fall erfüllten, als sie die "demokratische Republik Afghanistan" ausriefen, wird Tag für Tag deutlicher. Die sowjetische Invasion Afghanistans ist der beste Beweis dafür: sie besagt ganz klar, daß dem sowjetischen Statthalterregime ein bewaffnetes Heer fehle, um gegen das Volk einzuschreiten.
Auch geschichtlich könnte man beweisen, daß diese verschwindend kleinen Gruppen (Chalk und Partscham) selbst in ihren"blühenden Zeiten" keine Beziehung zu den Massen unterhalten haben. Während der sowjetische Einmarsch in Afghanistan der Tatsache Nachdruck verleiht, daß das Babrak - Regime auch die militärische Basis verloren hat, versuchte Taraki den Militär-Putsch von 1978 folgendermaßen zu theorisieren:
" Mit der Bewaffnung des Militärs unseres Landes, mit den wissenschaftlichen Ideologien der Arbeiterklasse und Organisierung des Militärs in den Organisationen der Arbeiter-Partei neuen Typs, kann man eine proletarische Revolution einführen, in der das Heer die den Arbeitern zugedachte Rolle des Umsturzes des Ausbeuterstaates übernimmt."(Das Zitat stammt von Amin, der kurz nach dem Putsch versucht hatte, Taraki geniale Gedanken zuzuschreiben)
So dürfte es eigentlich keinem schwerfallen, diese Theorie von Taraki über die Revolution für grundfalsch zu erklären. Denn er hat ja selbst gesagt, daß das Militär die Führung seiner sog. Revolution übernehmen sollte. Damit ist also eindeutig bewiesen,daß es sich dabei um einen Militärputsch gehandelt hat nicht um eine Revolution.

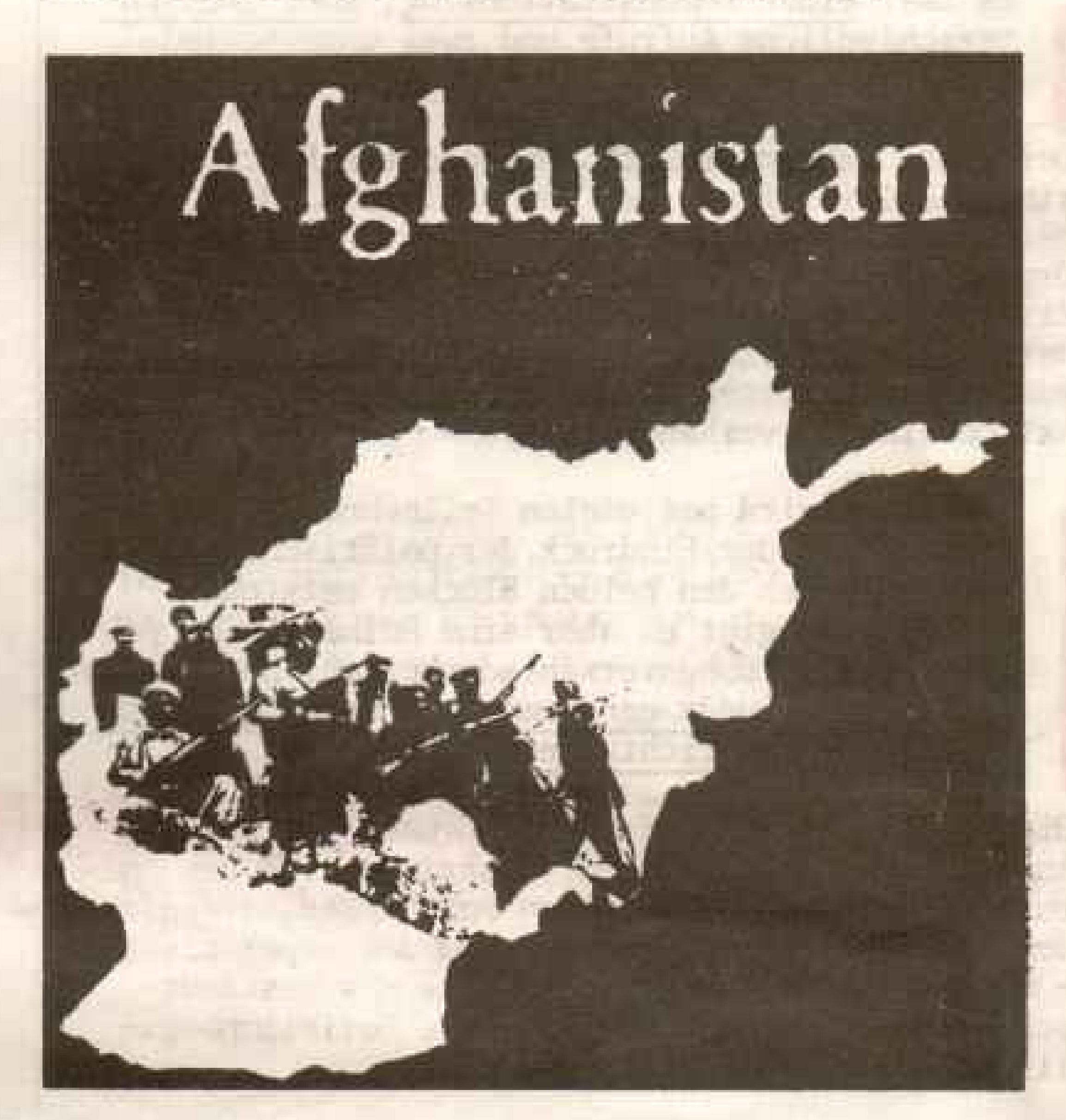
Tatsächlich handeltees sich um eine brutale Vergewaltigung unserer Gesellschaft, die von den Sowjets inziniert wurde und daher keine revolutionären Veränderungen bringen könnte.
Die Behauptung des Lakaienregimes, die Bodenreform würde durchgeführt,"um die Generalisierung Festigung und Vertiefung der Beziehung zwischen Arbeiterklasse und Bauernklasse zu erreichen, um diese kraftvolle Einheit des afghanischen Volkes zum Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft zu verwenden, der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen fremd ist", entbehrt somit jeder Grundlage.(Zitat Dekret Nr.8)

Mit den bisherigen Ausführungen ist aber nur die Hälfte der Wahrheit gesagt worden. Die andere Hälfte ergibt sich aus der Beantwortung der Frage, was das Regime und damit die Sowjetunion unter diesen demagogischen Parolen "Bodenreform!" und "Abschaffung des Feudalismus !" erreichen wollte. Afghanistan ist, wie bekannt, ein Agrar-Land. 85% der Bevölkerung arbeiten auf dem Land. Die Sowjetunion, die auch vor dem Putsch vom April 78 mit Afghanistan Handel auf Tausch-Basis betrieben hat, (z.B. Panzer gegen Früchte) bezog also schon in den 60-ger Jahren verschiedenen landwirtschaftliche Produkte aus Afghanistan, insbesondere Walnüsse, Rosinen, und Orangen, vor allem aber auch Baumwolle. So stellt die Landwirtschaft eine ökonomische Möglichkeit dar, die die Sowjetunion in beträchtlichem Umfang ausbeuten kann.

Nach sowjetischer Vorstellung sollte die Nutzfläche nicht mehr von verschiedenen, meistens dem sowjetischen Plan nicht unterworfenen Zentren (Feudalen), sondern möglichst von einer zentralen Macht kontrolliert werden. Diese zentrale Macht sollte das "revolutionäre"Regime sein, welches das Land schließlich an die Bauern "verteilt" hat. Der "arme Bauer", der nun über das Land "verfügt", ist "verpflichtet" nach Artikel 34 des Dekrets Nr. 8 "beim Anbauen den Anweisungen und Ratschlägen des Ministeriums für Landwirtschaft und Bodenreform zu folgen." Mit diesem nebensächlich erscheinenden Artikel im Dekret Nr. 8 beabsichtigt die zentrale Macht, daß sich die Landwirtschaft in Afghanistan einseitig im Hinblick auf die Bedürfnisse der Sowjetunion entwickelt. So sollte sich die eingangs erwähnte Einverleibung Afghanistans in das Wirtschafts-System der UDSSR zunächst auf dem landwirtschaftlichen Sektor vollziehen.
Wie sieht die "Bodenreform" in der Praxis aus?
Von der praktischen Durchführung der "Bodenreform"waren nur die "schlechten" Feudalen betroffen. So heißt es in einer Rede von Taraki: "Mit der Praktizierung der Bodenreform wird ein Teil des Bodens denjenigen entzogen, die viel Land besitzen, denen es aber nicht gelingt, es zu bebauen. Dieses Land wird dem berechtigten Bauern gegeben. Das bedeutet natürlich nicht, daß den Großgrundbesitzern der Landbesitz völlig genommen wird. Ihnen wird soviel an Boden zur Verfügung gestellt, wie sie benötigen. Der Rest, der entbehrlich ist, wird den berechtigten Bauern gegeben.Mit diesem Schritt wird der Feudalismus in Afghanistan gründlich abgeschafft." Hier wird nicht von dem Grundsatz ausgegangen: "das Land gehört dem, der es bebaut,"sondern vielmehr werden willkürlich variierende Grenzen anerkannt, die der Zentralgewalt einen Spielraum geben. So wurden mit der Anordnung der Begriffe "bebauen können" und "nicht bebauen können" sowie "benötigen" und "nicht benötigen" die "guten"Großgrundbesitzer von den "schlechten" getrennt. Die guten sind die, die nach der Pfeife des Regimes tanzen und ihre Interessen in den Interessen der Sowjetunion in Afghanistan verwirklicht sehen.

Sie haben alle Wellen der"Revolution"überstanden und bekleiden sogar hohe Ämter wie z.B. Djalaler (Handelsminister) einen Ministerposten. Dem schlechten Feudalen, der der Zentralgewalt nicht wiech und seine Interessen in den Interessen der Sowjetunion nicht verwirklicht sah, sollte nach dem sowjetischen Afghanistan-Plan das Land entzogen werden.
Zusammenfassend kann man sagen, daß die Regierungsbodenreform nicht den Feudalismus zu Gunsten der armen Bauern abschaffen konnte, wie es behauptet wird, sondern ein fehlgeschlagener Versuch Moskaus ist, Afghanistan gewaltsam unter ihre alleinige Kontrolle zu bringen.
Das dieses Vorhaben der Sowjets im landwirtschaftlichen Gebiet fehlschlug, kann man aus folgenden, von der Regierung veröffentlichen Daten, ersehen.

Nach langer Propaganda hat man bekanntgegeben, daß im Lande 703000 Hektar Land verteilungsbereit seien. Zehn Monate nach dem Putsch vom April 78, hat man im März 79 bekanntgegeben, daß 105.000 (105.525) Hektar Land in der "ersten Runde der Bodenreform" an die berechtigten Bauern verteilt worden seien. (Zahlen von Afghan.Students Nr.3)
Danach wurde die "Bodenreform" eingestellt. Später sprach Taraki von der Eroberung der Festung des Feudalismus, die, wie er sagte, "in 14 Monaten" erfolgte. In seiner Rede "In unserem Land wird auf den Ruinen der Festung des Feudalismus der Palast der neuen Gesellschaft aufgebaut," sagte Taraki. "Sie (das Publikum - GUAFS) sind glücklich . Sie, der Staat, die Partei und das afghanische Volk müssen auf die Vollendung dieses größten Projektes stolz sein. Diese große historische Arbeit wurde, so wie es nötig war, durchgeführt." Er sprach in dieser Rede immer wieder vom Abschluß der "Bodenreform" und der Zerstörung der Festung des Feudalismus, nannte allerdings keine Zahlen. Von nun an lobte man ständig die "große Errungenschaft der April-Revolution", die in der Tat aber gar nicht erfolgt ist. Auch Amin setzte diese Propaganda fort. Bei Machtantritt von Karmal, der durch den sowjetischen Einmarsch ermöglicht wurde, haben die Sowjets ihre Politik diesbezüglich geändert. Während die sog. Bodenreform selbst nach eigenen Angaben des Regimes nur zu ca. 1/7 durchgeführt wurde und Taraki aber trotzdem den nicht erfolgten Sieg feierte, beschuldigt jetzt die neue Puppe(Karmal) Amin wegen "Raub an Hab und Gut des Volkes".
Die Fortführung dieses Aprilscherzes der "Aprilrevolution" scheint den Sowjets nun nur noch ein verdorbener Spaß geworden zu sein.
Die Puppe kündigte nun an:"Das revolutionäre Regime gibt alles bewegliche und unbewegliche Eigentum, welches Amin seinen Besitzern raubte, unter Vorlage von früheren gültigen Dokumenten ihren Besitzern zurück" (Tageszeitung Anis)



(Fortsetzung v. S. 16)
auch durchzusetzen vermag? Kein Wort davon! Hier schlägt ganz klar die illusionäre, im Dienst der Reaktion stehende, pazifistische Parole durch, nach der die Völker die Imperialisten auch ohne Waffengewalt zu einem gerechten Frieden zwingen können.

Angesichts des Völkermords in Afghanistan und El Salvador, angesichts des Volkskriegs in diesen Ländern, der ein Faktum ist, das sich nicht ignorieren läßt, erklären wir:

Die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes ist eine Scheidelinie um antiimperialistische Solidarität von geheuchelter Solidarität zu unterscheiden, ebenso wie Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre die Unterstützung des Volkskriegs in Indochina gegen die US-Aggressoren gezeigt hat, wer Antiimperialist ist, und wer nicht!

Die oben dargelegten, unvereinbaren Meinungsgegensätze haben dem Leser sicher einen Begriff von unseren Kritiken an der gegenwärtigen Friedensbewegung vermittelt. Wir hoffen auch, daß es deutlich geworden ist, daß es sich um ganz ernste politische Fragen handelt, die sich jeder fortschrittliche Mensch durch den Kopf gehen lassen muß, und eine bewußte Entscheidung treffen muß.

ANTIIMPERIALISTISCHES KOMITEE FRANKFURT

Völker im Kampf

BRESCHNEW IN BONN

Zum Aufruf der Grünen, BBU, AL und anderen

Auf der Demonstration anläßlich des Breshnewbesuchs die am 22. 11. in Bonn stattfindet, wird es zwar einen Demonstrationszug, aber zwei unterschiedliche Aufrufe und zwei unterschiedliche Demonstrationsblöcke geben.

Der eine, wahrscheinlich zahlreichere Block, das sind die Initiatoren der Demonstration, die Grünen, BBU, Al u.a. Der andere Block, das sind jene Organisationen, die sich um den Aufruf der GUAFS mit dem Schwerpunkt der Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des afghanischen Volkes zusammengeschlossen haben. (siehe Bericht über Aktionseinheitsverhandlungen)

Äußerlich wird bei vielen Teilnehmern der Demonstration der Eindruck der politischen Einheit zwischen den beiden Blöcken entstehen. Tatsächlich gibt es aber eine Reihe tiefer politischer Meinungsverschiedenheiten, handelt es sich im Grunde genommen um entgegengesetzte politische Stoßrichtungen.

Dies wollen wir am Aufruf der Grünen und der Mitinitiatoren verdeutlichen. Sieht man sich den Aufruf genauer an, so stößt man auf Punkte, die nicht dem Kampf gegen die Bestrebungen des Imperialismus - und in diesem Fall insbesondere des westdeutschen Imperialismus und des russ. Sozialimperialismus dienen.

GESPRÄCHE ZWISCHEN IMPERIALISTEN - POSITIV?

Im Gegenteil, das unserer Meinung nach imperialistische Treffen wird von den Grünen und den Mitinitiatoren auch noch begrüßt: So heißt es: "Diese Initiative richtet sich nicht gegen den Besuch von Leonid Breshnew, denn wir begrüßen Gespräche zwischen Ost und West auf allen Ebenen." (Flugblatt der Initative)
Und am Ende des Aufrufs heißt es: "Die Friedensbewegung darf sich auf die Verhandlungen zwischen Regierungen nicht mehr verlassen." Stellt sich für uns die Frage: Durfte man sich denn schon mal auf die Verhandlungen zwischen imperialistischen Regierungen verlassen?!

Schwerpunkte der Gespräche soll der "Friede in der Welt"sein. Wenn sich zwei Friedensheuchler wie Schmidt und Breshnew die Hand reichen, was kann dabei schon herauskommen? Die Erfahrungen der letzten Jahre haben doch gezeigt, daß bei allen "Treffen", "Konferenzen" (KSZE, SALT, MFBR) nur um eines geht: um Schacher und Absteckung von Einflußsphären zur Ausbeutung und Unterdrückung der Völker, und um gegenseitige Hilfestellung bei der Niederschlagung der nationalen Befreiungskämpfe. Verhandlungen halten die imperialistische Rivalität und Kriegsvorbereitung nicht auf, sondern sind im Gegenteil dazu da, diese vor den Völkern zu verschleiern.

Wenn der Aufruf angesichts dieser Sachlage "Gespräche zwischen Ost und West auf allen Ebenen" begrüßt, so zeigt das, wie sehr die Initiatoren in bürgerliche Politik verstrickt sind, so sehr, daß sie sich zum Fürsprecher imperialistischer Geheimdiplomatie machen!

WEM NUTZEN GESPRÄCHE ZUM BEISPIEL ÜBER AFGHANISTAN? DER AFGHANISTANPLAN DER EG!

Was die russischen Sozialimperialisten unter Frieden verstehen, sehen wir am besten in Afghanistan. Der dem afghanischen Volk aufgezwungene Kampf um seine Unabhängigkeit gegen die Besatzer forderte bis jetzt allein nach Regierungsangaben 1,5 Millionen Tote und über 3 Millionen Flüchtlinge. Welchen Frieden die westdeutschen Imperialisten meinen, erkennt man an ihrer Unterstützung der afghanischen faschistischen Organisationen (wie Hesbe Islami, Djamate Islami, Djabeh Mejate Milli Islami, Harakatte Islami u. a.) die ihren Sitz in den Flüchtlingslagern in Pakistan und Iran haben, sowie an ihrer Unterstützung von Faschisten in aller Welt (siehe z.B. Türkei!)

Beim Bonner Breshnewbesuch stehen u. a. Geheimgespräche über den "EG-PLAN" zu Afghanistan an.

Dieser Plan sieht vor, 40000 russische Soldaten und 40000 UNO-Soldaten in Afghanistan zu stationieren, außerdem die Bildung zweier Regierungen (eine von den westlichen und eine von den Sozialimperialisten) und unter diesen Bedingungen "freie" Wahlen.

Nochmals: Wem nutzen also Gespräche zwischen Schmidt und Breshnew?

DER HAUPTFEIND STEHT IM EIGENEN LAND!

Der Aufruf tritt ein für ein "atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal" und schlußfolgert dann: "Dies wird in dem Maße möglicher, indem die Staaten Europas ihre Souveränität gegenüber den 'Führungsmächten' durchsetzen. In diesem Zusammenhang treten wir ein für den Abzug aller fremder Truppen aus Ost- und Westeuropa."

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: auch wir sind dafür die US-Truppen und die Truppen der SU dort zu bekämpfen, wo sie stationiert sind, also auch in Westdeutschland. Allerdings muß dieser Kampf mit dem Kampf gegen die westdeutschen Truppen, gegen die Bundeswehr, gegen den westdeutschen Militarismus verbunden werden! Die Verbindung allein reicht jedoch noch nicht aus, denn der Kampf gegen den westdeutschen Militarismus und Imperialismus muß absolut im MITTELPUNKT des Kampfes gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung stehen, denn es ist so, wie Karl Liebknecht gesagt hat: "DER HAUPTFEIND STEHT IM EIGENEN LAND!"

Drahtzieher für faschistische Regimes - siehe Türkei) und Verbrechen des westdeutschen Imperialismus!

Aber damit erschöpft sich das "politische Sündenregister" des Aufrufs nicht. Das wird deutlich, wenn man die Forderung, daß"die Staaten Europas ihre Souveränität gegen den 'Führungsmächten' durchsetzen" sollen, auf ihren realen Gehalt hin analysiert. Es genügt die einfache Frage zu stellen: Um was für Staaten Europas handelt es sich denn eigentlich? Was wir hier in Westdeutschland für einen Staat haben, darüber mögen sicher eine Menge Illusionen vorhanden sein, faktisch existiert hier aber ein imperialistischer Staat, ja sogar eine imperialistische Großmacht, sowie in Frankreich und England auch.

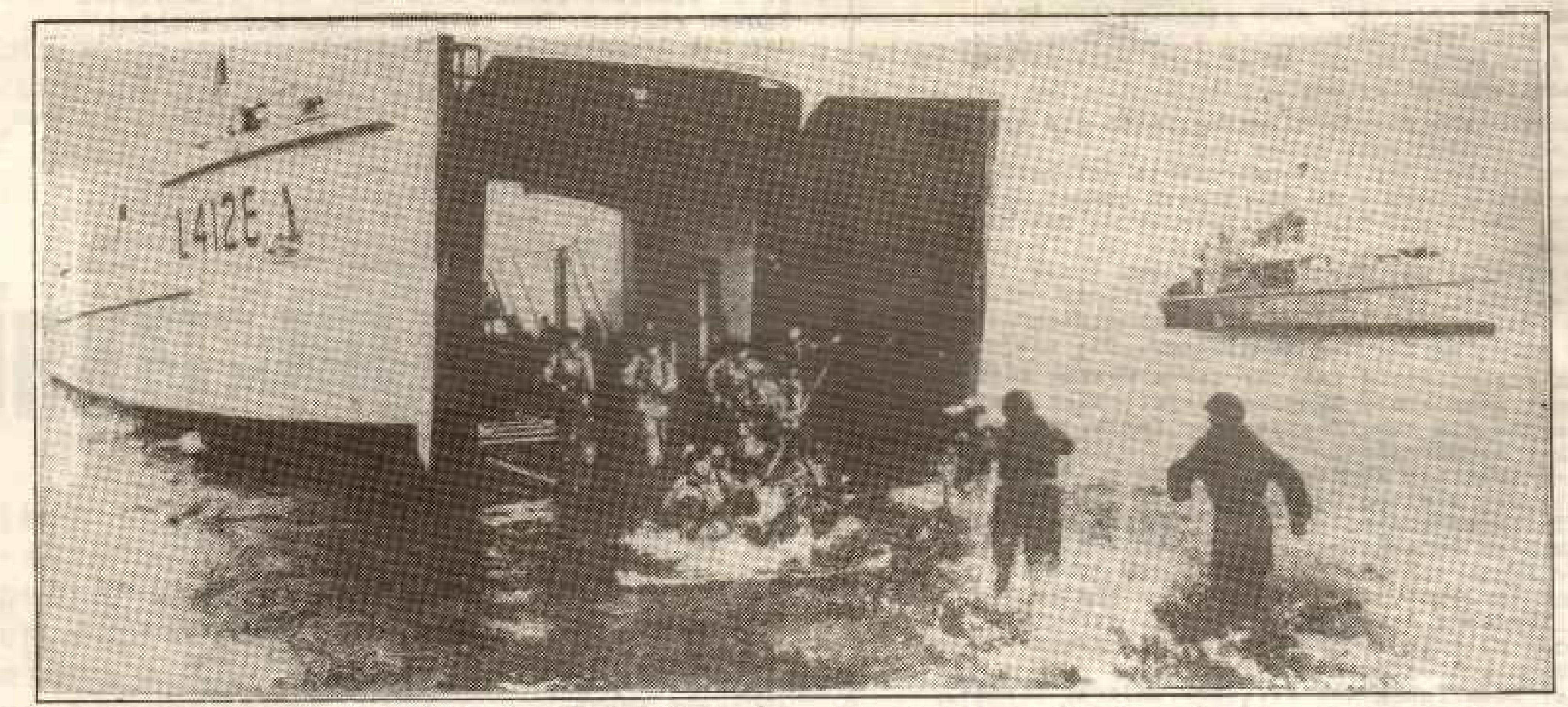
"Souveränität" des Staates BRD heißt nichts anderes als weitgehendste Handlungsfreiheit des westdeutschen Imperialismus - bei der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker und seiner Weltherrschaftsplänen. Prüft man also den realen Inhalt dieser Forderung, so zeigt sich, daß sie im wahrsten Sinne des Wortes konterrevolutionär und imperialistisch ist.

ATOMWAFFENFREIES EUROPA VON POLEN BIS PORTUGAL?

Eine zentrale Forderung des Aufrufs ist die Schaffung eines "atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal"!

An diese merkwürdige geographische Begrenzung der Forderung nach Atomwaffenfreiheit schließen sich gleich eine Reihe von Fragen an:

Gibt es in der USA und der SU etwa keine Atomwaffen? Richten sich Atomwaffen nicht gegen alle Völker der Welt , gerade auch gegen die nationalen Befreiungskämpfe? Hat Nixon im Vietnam mit dem Einsatz der Atombombe gedroht, oder nicht? Außerdem: sind das amerikanische Volk und die Völker der SU etwa nicht von der Atombombe bedroht? Weiter, wie sieht es denn mit den vom Imperialismus abhängigen Ländern aus, wie Indien und Pakistan? Haben die reaktionären Führungscliquen dieser Länder die "höchste Errungenschaft der Zivilisation" schon in ihre Hände gebracht oder nicht?



Übung der angeblich defensiven Bundeswehr zur Vorbereitung der Invasion und Aggression gegen fremde Länder.

Der Aufruf tut hingegen so, als ob es diesen Hauptfeind, den westdeutschen Imperialismus und Militarismus gar nicht gibt!

-- Er richtet sich nur gegen den atomaren Rüstungswettlauf, und verschweigt, daß Westdeutschland heute die drittstärkste militärische Großmacht der Erde ist (die zwar offiziell noch keine Atomwaffen hat, aber sich seit Jahren, entgegen aller Beteuerungen, darauf vorbereitet, welche legal zu produzieren und zu stationieren).
-- Er richtet sich nur gegen die Anwesenheit von US-Truppen in El Salvador und von SU-Truppen in Afghanistan und tritt ein für den "Abzug fremder Truppen aus Europa". Er verschweigt aber, daß die westeuropäischen, einschließlich der westdeutschen Imperialisten Truppen in anderen Ländern stationiert haben (z.B. Bundeswehr-Luftwaffenstützpunkt in Portugal), redet überhaupt nur von den Taten der USA und der SU, und verschweigt die weltweiten militärischen (Rüstungsgeschäfte) und sonstigen Aktivitäten (als

Sind nicht in den letzten Jahren in solchen Ländern eine Reihe von lokalen Stellvertreterkriegen geführt worden und besteht nicht die Gefahr, daß auch bei solchen Kriege Atomwaffen eingesetzt werden?!

Warum werden solche Fragen ignoriert?! Hier kommt nichts anderes als der Standpunkt eines bornierten "Europäers" heraus, der sich sagt: sollen sich die anderen Völker ruhig mit Atomwaffen herumschlagen, Hauptsache Europa bleibt friedlich!

FRIEDEN SCHAFFEN, OHNE WAFFEN - AUCH IN AFGHANISTAN UND EL SALVADOR?

In der Erklärung wird zwar das Selbstbestimmungsrecht der Völker gefordert, sie wendet sich gegen die Einmischung der USA in El Salvador und fordert den sofortigen Abzug der russischen Truppen aus Afghanistan. Wo aber bleibt in der Erklärung die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes, der diejenige Kraft ist, die diese Forderungen

(Fortsetzung S. 15)